

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 21. Dezember 1959

Blatt 2666

Unsere Betriebe und Unternehmungen

=====

21. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 20. Dezember, über die Wichtigkeit der städtischen Betriebe und Unternehmungen.

"Vor zwei Wochen gab ich einen Überblick über unsere wirtschaftliche Situation und gleichzeitig einen Bericht über die Entwicklung unserer Stadt im Jahre 1959. Ich informierte Sie über die Lage auf dem Arbeitsmarkt und über den Stand der Spareinlagen, über den weiteren Fortschritt der Motorisierung und über die leider sehr hohen Unfallzahlen im Straßenverkehr. Dann sprach ich noch über die erfreulicherweise anhaltende Steigerung der Geburtenzahlen; die große Bedeutung der Arbeitsbeschaffungspolitik der Gemeinde Wien erläuterte ich mit einigen Angaben über den Straßenbau und über den Wohnungsbau. Zum Abschluß zählte ich dann einige der wichtigsten Schöpfungen der Gemeindeverwaltung auf, die heuer der Öffentlichkeit übergeben werden konnten.

Weil dieser Bericht wegen der Kürze der Zeit nicht vollständig sein konnte, will ich ihn heute ergänzen und abrunden. Die großen Aufgaben und Leistungen jener städtischen Dienststellen, die die Bevölkerung mit Wasser, mit Gas und Elektrizität versorgen, sind so bedeutend, daß es eine wirkliche Unterlassungssünde wäre, darüber nicht zu berichten. Das gleiche gilt von den großen Anstrengungen, die die städtischen Verkehrsbetriebe im Interesse der Wiener Bevölkerung in fast pausenloser Arbeit vollbringen.

Lassen Sie mich mit der Wasserversorgung beginnen. Vor zwei Wochen brachte ich in Erinnerung, daß heuer der große Wasserbe-

./.

hälter in Neusiedl am Steinfeld in Betrieb genommen werden konnte, der 600.000 Kubikmeter faßt. Am Leitungsrohrnetz in Wien wurden wieder einige Erweiterungen und umfangreiche Umbauten von zu alten oder zu klein gewordenen Leitungsrohren vorgenommen, um die Wasserversorgung mancher Gebiete zu verbessern. Große Umlegungsarbeiten waren notwendig im Zusammenhang mit dem Schnellbahnbau. Diese Arbeiten erstrecken sich bis zum Hauptzollamt. Die großen Straßen- und Verkehrsombauten in der Währinger Straße und Kinderspitalgasse, dann bei der Schottentorkreuzung und bei der Babenbergerstraße, verursachen ebenfalls sehr weitreichende Umliegungen der Leitungen. In der Regel machen sich unsere lieben Wienerinnen und Wiener keine Vorstellung vom Umfang des Rohrnetzes für die Wasserversorgung. Es hat die respektable Länge von 2.150 Kilometern, das ist beinahe doppelt so lang wie die Entfernung Wien - Rom. An das städtische Wasserleitungsnetz sind ungefähr 77.000 Wohnhäuser und Betriebe angeschlossen. Es ist anzunehmen, daß heuer der Wasserverbrauch wieder einen Rekord bringen wird, und zwar rechnet man mit ungefähr 148 Millionen Kubikmeter. Wir sind über die Sommermonate verhältnismäßig gut hinweggekommen, so daß wir keine ernststen Wassersorgen hatten. Da aber der Verbrauch wahrscheinlich auch weiterhin steigen wird, muß die Gemeinde in den kommenden Jahren versuchen, zusätzliches Wasser für Wien aufzutreiben.

Der steigende Wasserverbrauch ist ein Maßstab für den Lebensstandard der Bevölkerung und für die Ausweitung der Wirtschaft. Aber nicht nur der Wasserverbrauch allein, sondern auch der Verbrauch an Gas und Elektrizität zeigt an, daß die Ansprüche der Haushalte und Betriebe ständig steigen. Das ist ein außerordentlich gutes Zeichen, aber für die städtischen Unternehmungen bedeutet das eine unerhört große Anstrengung. Das Gaswerk versorgt 621.000 Wohnungen, 34.000 Geschäfte, Gewerbe- und Industrieanlagen und 6.300 Ämter und Anstalten. Seit dem vergangenen Jahre ist eine neuerliche Steigerung des Gasverbrauches um rund 26 Millionen Kubikmeter eingetreten. Die Gesamtmenge, die heuer von den Wienern verbraucht wird, wird bis zum Jahresende 510 Millionen Kubikmeter überschreiten. Um diese ungeheuren Mengen trans-

portieren zu können, ist wieder - ähnlich wie bei der Wasserversorgung - ein sehr dichtes und umfangreiches Rohrnetz notwendig. Die Gesamtlänge der Rohrleitungen beträgt 2.280 Kilometer. Die Gaswerke arbeiten ständig an Verbesserungen, um die Versorgung der Bevölkerung noch reibungsloser zu gestalten. Zu diesem Zweck wird beispielsweise jetzt auf dem Wiener Berg ein großer Gasbehälter errichtet, der 300.000 Kubikmeter Gas speichern kann, wodurch für das dortige Gebiet vor allem der Gasdruck auf einer gleichmäßigen Höhe gehalten werden kann. Der neue Gasbehälter wird ungefähr 50 Millionen Schilling kosten. Auch die Gaswerke müssen ständig an ihrem Rohrnetz arbeiten. Große Verkehrsbauten bedingen Umlegungen der Rohre, schadhafte Rohre müssen ausgewechselt werden und in Gegenden, in denen der Bedarf besonders stark wächst, müssen Rohre mit größerem Durchmesser gelegt werden. So ist es zu verstehen, daß die Gaswerke für diese Arbeiten beträchtliche Summen ausgeben müssen.

Beim Elektrizitätsverbrauch hat sich die stürmische Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre etwas verlangsamt, doch ist noch immer eine jährliche Konsumsteigerung von sieben Prozent zu verzeichnen. Seit dem vergangenen Jahre ist der Verbrauch um mehr als 100 Millionen Kilowattstunden gestiegen und beträgt jetzt für das Jahr 1959 ungefähr eine Milliarde und 560 Millionen Kilowattstunden. Auch hier wieder einige Angaben über die Leitungen und Anschlüsse: Das Kabel- und Freileitungsnetz der Wiener Elektrizitätswerke hat eine Länge von 10.500 Kilometer, und es versorgt rund 750.000 Haushalte und Betriebe. Auch das Elektrizitätswerk ist durch den steigenden Verbrauch gezwungen, seine Anlagen zu verstärken und zu modernisieren. Heuer konnte durch die Inbetriebnahme der Umspannwerke in der Kaunitzgasse in Mariahilf und in der Neubadgasse im 1. Bezirk die Versorgung der umliegenden Gebiete beträchtlich verbessert werden.

Eine auffällige Entwicklung ist bei den städtischen Verkehrsbetrieben zu beobachten. In den letzten Jahren war man es schon gewohnt, daß die steigende Motorisierung zu einer Frequenzverminderung bei den Verkehrsbetrieben führte. Die Zahl der Fahrgäste sank jedes Jahr um einige Millionen. Im vergangenen Jahr war erstmalig wieder ein Steigen festzustellen und diese Entwick-

lung setzte sich auch heuer wieder fort. Die Zahl der Fahrgäste auf Straßenbahn, Stadtbahn und Autobus betrug vom 1. November 1958 bis 31. Oktober dieses Jahres 512 Millionen, während in den vorhergehenden zwölf Monaten um 5 Millionen Fahrgäste weniger waren. Es muß also nicht unbedingt wahr sein, daß die Motorisierung die Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel verringert. Im Gegenteil! Je schwieriger der sogenannte Individualverkehr wird, um so wichtiger werden wieder die öffentlichen Verkehrsmittel. Schon die Tatsache allein, daß sie 512 Millionen Fahrgäste im Jahr befördern, zeigt, daß die gesamte Wirtschaft und das gesamte Leben in unserer Stadt von den städtischen Verkehrsbetrieben abhängt. In Städten mit hohem Motorisierungsgrad hat es sich für viele Autofahrer bereits als zweckmäßig erwiesen, bei Schnee den Wagen zu Hause zu lassen und dafür die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen. Vermutlich wird dieser Zustand in Wien auch bald erreicht sein.

Es ist Ihnen bekannt, daß die Verkehrsbetriebe schon daran-gegangen sind, den Verkehr schrittweise von Straßenbahn auf Autobus umzustellen. Das war nicht immer leicht und hat nicht überall zu dem gewünschten Erfolg geführt. Ja, diese Umstellung hat nicht einmal in allen Bevölkerungskreisen Anklang gefunden. Vor allem scheinen unsere älteren Mitbürger mit dem Autobus keine guten Erfahrungen gemacht zu haben. Sie klagen, daß das Ein- und Aussteigen im Autobus beschwerlicher ist und daß sie viel stärker durcheinandergerüttelt werden, also unbequemer fahren als in der Straßenbahn.

Der Dienst der städtischen Verkehrsbetriebe erstreckt sich auf das gesamte Stadtgebiet, ja in einigen Fällen sogar über die Stadtgrenzen hinaus. Dem entspricht auch die große Ausdehnung der Geleiseanlagen, nämlich 660 Kilometer. Derzeit stehen den Verkehrsbetrieben 3.000 Triebwagen und Beiwagen für Straßenbahn und Stadtbahn zur Verfügung und 230 Autobusse für die motorisierten Linien. Die Erneuerung und Modernisierung des Wagenparks stellt an die Verkehrsbetriebe außerordentlich große finanzielle Anforderungen, die nur durch Überwindung größter Schwierigkeiten noch gemeistert werden können.

Durch die gesetzliche Verpflichtung, bis Ende 1960 alle Wagen mit Schienenbremsen zu versehen, ist das Wagenbauprogramm besonders dringend geworden. Obwohl alle in den letzten Jahren gelieferten neuen Wagen und auch eine große Zahl alter schon mit Schienenbremsen ausgestattet sind, gibt es doch noch eine Reihe anderer, bei denen dies nur mit hohen Kosten möglich wäre. Es war daher zu überlegen, ob der Umbau dieser Wagen noch rentabel erscheint. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, eine größere Anzahl Wagen wegen Unwirtschaftlichkeit auszuschneiden und durch neue, allen Anforderungen entsprechende Wagen zu ersetzen. Daher sind derzeit bei der österreichischen Industrie mehr als 600 Triebwagen und Beiwagen in Bestellung. Dazu kommt noch der Umbau von 37 Triebwagen und 51 Beiwagen für die Stadtbahn, der im kommenden Jahr abgeschlossen sein wird. Die heimische Industrie ist mit diesen Aufträgen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgelastet, und sie wird sich sehr bemühen müssen, zeitgerecht alle diese Wagen zur Auslieferung zu bringen.

Die Verkehrsbetriebe bemühen sich, mit dem Einsatz neuer Autobustypen den Wienern die öffentlichen Verkehrsmittel schmackhaft zu machen und den gesteigerten Ansprüchen entgegenzukommen. Schon in wenigen Wochen wird der erste im Inland erzeugte Doppeldeckautobus seine Probefahrten unternehmen. Mit der Modernisierung und mit der stärkeren Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsmittel wird vor allem die Parkraumnot am wirksamsten bekämpft. Denn im Gegensatz zum privaten Kraftfahrzeug hat das öffentliche Verkehrsmittel kein Parkbedürfnis, weil es ständig unterwegs ist.

Sie ersehen schon aus diesen wenigen Angaben, daß auch diese Aufgabengebiete der Stadt voller Probleme stecken. Obwohl wir mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, sind wir aber doch froh, daß sie nicht von einer Schrumpfung, sondern im Gegenteil von einer ständigen Ausweitung der Wirtschaft und von einer erfreulichen Hebung der Lebenshaltung verursacht sind. Wir dürfen uns freuen, daß für die Bewältigung der gezeigten Aufgaben in den städtischen Werken Menschen tätig sind, die mit großem Verantwortungsbewußtsein ihre Pflicht erfüllen und für die Wiener Bevölkerung sorgen und arbeiten. Leider ist auch ihre Arbeit nicht ohne Gefahren, wie die tödlichen Betriebsunfälle dieses Jahres zeigen.

Frohe Weihnachten!

In wenigen Tagen feiern wir Weihnachten. Dieses Fest ist ein richtiges Familienfest geworden, dem besonders die Kinder mit großen Erwartungen entgegensehen. Wir schätzen die Weihnachtszeit als die Tage der inneren Sammlung und der Besinnung. Die Hilfsbereitschaft, die Gebefreudigkeit und das Verständnis für die Nöte der Mitmenschen sind gerade zum Weihnachtsfest besonders groß. Das soll und kann ein schöner Ausgleich sein für die Unachtsamkeiten und Vernachlässigungen, ja vielleicht sogar Unfreundlichkeiten und Lieflosigkeiten, die wir uns in der hastig gewordenen Zeit gegenseitig unabsichtlich zufügen. Wir sollen in diesen Tagen wieder zu uns zurückfinden und uns darauf besinnen, wie unendlich wertvoll Freundschaft und Liebe im Kreise der Familie und im Kreise der Freunde sind.

Wenn wir gesund sind und das Glück haben, die Festtage zu Hause in unserem Heim verbringen zu können, so sollen wir das besonders schätzen, und uns dieses Glückes wirklich erfreuen. Aber gerade deshalb sollen wir zur Weihnachtszeit an alle jene denken, die durch die Ungunst des Schicksals, durch ein Unglück, das sie persönlich betroffen hat, mit Sorgen besonders beladen sind. Vor allem dürfen wir jene nicht vergessen, die aus irgendeinem Grunde einsam sind und niemanden haben, mit dem sie die Sorgen und die Freuden teilen können. Wir sollten in unser weihnachtliches Gedenken auch jene Mitbürger einschließen, die krank und leidend sind, und in einem Krankenhaus wieder ihre Genesung erhoffen. Mit einem Wort, die Glücklichen, die Satten und Gesunden dürfen nicht vergessen, daß mitten unter uns Menschen leben, denen das Schicksal eine schwere Last aufgebürdet hat und denen wir, die Gemeinschaft, nach besten Kräften beistehen sollen. Das Leben darf uns nicht hart und gleichgültig machen gegen die Not unserer Mitmenschen. Und so wie man früher vom "Goldenen Wienerherz" gesprochen hat, so sollen echte Menschenfreundlichkeit und selbstlose Hilfsbereitschaft eine der schönsten Eigenschaften der Wiener von heute sein. In diesem Sinne wünsche ich allen Wienerinnen und Wienern ein frohes und glückliches Weihnachtsfest!"

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus
=====

9. Hauptstück: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

21. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute früh die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien mit der Behandlung des Kapitels IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, fortgesetzt. Vorher wurde ohne Debatte der Nachtrag zur Tagesordnung - insgesamt 22 Geschäftsstücke - angenommen.

Hieraus referierte Stadtrat Glaserer über die Ansätze seiner Geschäftsgruppe. Die Magistratsabteilung 50 war, sagte er einleitend, solange es irgend eine gesetzliche Regelung auf dem Gebiete des Wohnungswesens gab, das Wiener Wohnungsamt. Dieses hatte auch, solange das Wohnungsanforderungsgesetz bestand, große Rechte, um seinen ebenfalls großen gesetzlichen Verpflichtungen einigermaßen nachkommen zu können. Es ist allgemein bekannt, daß dieses Gesetz Ende 1955 abgelaufen und vom Nationalrat nicht mehr verlängert wurde.

Es kam dann im Dezember 1956 zur Schaffung des Neuvermietungsgesetzes. Aber selbst dieses Gesetz, das man wirklich nicht als ein Bewirtschaftungsgesetz bezeichnen konnte, wurde von den Hausbesitzerverbänden und den ihnen verbundenen Politikern auf das Heftigste bekämpft und wurde auch dieses Gesetz Ende Juni 1958 zu Fall gebracht.

Seit 1. Juli 1958 gibt es demnach, von Bestimmungen geringerer Bedeutung abgesehen, keine gesetzliche Regelung im Wohnungswesen unserer Stadt. Also gibt es auch kein Wohnungsamt.

Die Kritik aber nimmt dies alles einfach nicht zur Kenntnis. Die Kritik verhält sich so, als ob nach wie vor die dringenden Wohnbedürfnisse - alle Notwendigkeiten - durch die Magistratsabteilung 50 gelöst werden könnten.

Wenn man aber nicht einmal diese bescheidenen Bestimmungen des Neuvermietungsgesetzes zum Schutze der wirklichen wohnungsbedürftigen Familien besitzt, dann ist niemand in der Lage, anfallenden Notstand zu beseitigen.

Sein Referat, erinnert der Referent, habe wiederholt nach Ablauf des Neuvermietungsgesetzes auf die nachteiligen Folgen für die Wohnungssuchenden hingewiesen.

Heute liegen die Erfahrungen von 18 Monaten vor und diese beweisen, daß seine damaligen Befürchtungen allzu richtig waren. Auf dem privaten Sektor werden jährlich rund 10.000 Wohnungen mietrechtlich frei. Für die Vergebung dieser Wohnungen gibt es derzeit keinen sozialen Beweggrund und keinen Bedürftigkeitsgrad. Diese Wohnungen werden nur mehr nach rein merkantilen Gesichtspunkten vergeben. Das heißt: verfügt der noch so bedürftige Wohnungssuchende nicht über entsprechende Mittel, kann er keine Wohnung bekommen. Eher bleibt die Wohnung leer stehen, als daß auf eine entsprechend hohe Ablösesumme verzichtet wird. Eher werden die Wohnräume in Büros, Werkstätten, Lagerräume oder dergleichen umgewandelt. Vielfältig sind die Möglichkeiten, die alle zur Zweckentfremdung von Wohnraum führen. Die hohen Ablösen kann kaum jemand bezahlen.

Es wenden sich daher die wohnungssuchenden Familien nur an die Gemeinde Wien. So ist es auch verständlich, da dem wirklich Wohnungsbedürftigen auf dem privaten Sektor kaum geholfen wird, daß im Jahre 1959 trotz der rigorosen Vormerkungsbestimmungen 9.000 Ansuchen neu in Vormerkung genommen werden mußten.

Die Stadt Wien war immer, und wird weiterhin bemüht sein, erklärt der Stadtrat, durch ihre Bautätigkeit die Wohnungsnot zu lindern. Es ist aber unmöglich, alle Bedürfnisse der Wohnungssuchenden auf dem Gemeindesektor zu lösen.

Der Stand der Vormerkungen Ende 1959 ist um 3.000 Fälle höher als Ende 1958. Es bedarf daher keiner hellseherischen Begabung um vorauszusagen, daß die Zahl der Vormerkungen auch im Jahre 1960 weiter ansteigen wird. Der Referent glaubt daher, daß eine rasche und wesentliche Linderung der Wohnungsnot ohne gesetzliche Bestimmungen nicht möglich ist. Seiner Ansicht nach müßte jeder, der es ehrlich mit den Obdachlosen und Wohnungsbedürftigen meint, dieser Auffassung beitreten.

Wie groß das Ausmaß dieser Wohnungsnot ist, beweisen nachfolgende Zahlen: Es waren am 30. November 1959 die Wohnungssuchenden aus folgenden Gründen vorgemerkt: Einsturzgefahr 1.006, bestehende Obdachlosigkeit 3.939, drohende Delogierung 5.743, schwere Gesundheitsgefährdung 131, Überbelag 15.736, gesundheitsschädliche Wohnung 8.461, getrennter Haushalt 1.606, zusammen 36.622.

Am 30. November 1958 waren 33.718 Wohnungssuchende vorge-
merkt. Somit ist die Zahl der Vormerkungen gegenüber dem Vor-
jahr um fast 3.000 Fälle gestiegen.

Die Stadtverwaltung war bemüht, mit den auf dem Gemeinde-
sektor anfallenden Neubauwohnungen und den in städtischen
Wohnhäusern mietrechtlich freigewordenen Wohnungen, den drin-
gendsten Notstand zu beheben. Es wurden zugewiesen an Familien
aus einsturzfährdeten Wohnungen 588, obdachlose Familien aus
den städtischen Herbergen und sonstigen Notunterkünften 797,
von Obdachlosigkeit bedrohte Familien 741, Fälle wegen Tbc 96,
Mieter aus freizumachenden Objekten (Assanierung und Bauvor-
haben der Gemeinde Wien) 648, Familien aus überbelegten Wohnun-
gen 1.974, Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen 830,
Ehepaare, die getrennt wohnen mußten, 150, Fälle wegen
sozialen Notstandes 1.615, alte Leute und alleinstehende Per-
sonen, die eine große gegen eine kleine Wohnung wechselten 54
und Ordinationswohnungen 46, zusammen 7.539 Wohnungen.

Die soziale Stellung der zugewiesenen Wohnwerber ergibt
folgendes Bild: Bundesangestellte 716, Gemeindeangestellte 808,
Arbeiter der Privatwirtschaft 3.370, Angestellte der Privat-
wirtschaft 946, Pensionisten und Renter 1.319, Freiberuf-
liche und Selbständige 380.

Wenn auch das Hauptproblem des Wiener Wohnungswesens der
qualitative Notstand ist, da heute noch rund 250.000 Familien
in mehr oder weniger schlechten Zimmer-Küchen-, oder Kabinett-
Küchen-Wohnungen leben müssen, so beweisen die oben genannten
Vormerkungs- und Zuweisungszahlen, wie groß der akute Not-
stand in unserer Stadt ist.

Neben der Absiedlung von Familien aus einsturzfährdeten
Wohnungen und der Assanierung hat die große Wanderbewegung
Hauptschuld an dem akuten Wohnungsnotstand.

In den Jahren 1952 bis einschließlich 1958 sind rund
550.000 Menschen aus den Bundesländern nach Wien übersiedelt,
während im gleichen Zeitraum nur 405.000 Personen aus der
Stadt weggezogen sind. Die Differenz in diesen sieben Jahren
zwischen Zuzug und Abgang ergibt 145.000 Personen, die zu-
sätzlich in der Stadt verblieben sind, also einen jährlichen
Überschuß von rund 20.000.

Stadtrat Glaserer macht darauf aufmerksam, daß es sich bei den Wegziehenden meist nur um Familienteile handelt. Das heißt, daß durch den Wegzug fast keine Wohnungen frei werden, weil ein Teil der Familie in der Wohnung zurückbleibt. Hingegen brauchen die Zuziehenden ein Obdach. Diese ziehen nicht ganz ungerne in die schlechtesten Wohnungen. Aus diesen gesundheitsschädlichen Elendswohnungen - so spekulieren diese Menschen - müssen sie ja doch herausgenommen werden. Und so kommen sie doch zu dem was sie wollen, zur modernen Gemeindewohnung.

Die ganze Entwicklung des Wohnungswesens in der Zweiten Republik und insbesondere die in der gesetzlosen Zeit der letzten eineinhalb Jahre, beweist deutlich, daß mindestens zur Zeit ohne einer brauchbaren gesetzlichen Regelung, der akute Wohnungsnotstand nicht beseitigt werden kann.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung wird durch die Fertigstellung von Wohnhausanlagen von Jahr zu Jahr größer und verwaltet derzeit insgesamt 135.917 Mietobjekte. Im Jahre 1959 wurden 4.267 Wohnungen und 285 Geschäftsräume, davon erstmalig ein geringer Teil Wohnungen mit besserer Ausstattung in die Verwaltung übernommen. Der Jahresgrundzins für diese besser ausgestatteten Wohnungen wurde durch den zuständigen Gemeinderatsausschuß mit zwei Prozent der Baukosten festgesetzt.

Der Voranschlag 1960 weist für städtische Wohnhäuser Gesamteinnahmen in der Höhe von 165,914.300 Schilling auf, denen Gesamtausgaben im Betrag von 215,509.100 Schilling entgegenstehen. Läßt man die Wertabschreibung von 54,057.000 Schilling außer Betracht, so darf man wohl von einem ausgeglichenen Budget der Häuserverwaltung sprechen.

Die Gemeindeverwaltung war seit Jahren nicht nur bemüht, sagt der Referent, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die notwendigen Instandhaltungsarbeiten durchzuführen, sondern auch bestrebt, technische Neuerungen in den Wohnhausanlagen für die Mieter und insbesondere für Hausfrauen zu schaffen. So beträgt die Zahl der maschinell ausgestatteten Waschküchen mit Ende November 2.459, hievon entfallen auf die nach 1945 neu errichteten Bauten 1.701 Waschküchen, während 758 Waschküchen nachträglich maschinell ausgestattet wurden.

Im Haushaltsplan 1960 sind weitere zwei Millionen Schilling für den Einbau von maschinellen Einrichtungen in Waschküchen bestehender Wohnhäuser veranschlagt. Im nächsten Jahr sollen dort, wo es sich in den älteren Wohnhausanlagen als notwendig erweist, zusätzlich weitere Waschküchen maschinell ausgestattet werden. Im Jahre 1958 waren in den städtischen Wohnhausanlagen 184 Aufzüge in Betrieb, Ende November 1959 sind es schon 301 Aufzüge. Die Erneuerung bzw. die Verstärkung der elektrischen Steigleitungen in einer Anzahl von Wohnhausanlagen wird fortgesetzt, da diese bei der immer mehr zunehmenden Verwendung von elektrischen Haushaltgeräten in vielen Fällen nicht mehr genügen.

Die Gruppe Amtshäuser verwaltet derzeit 128 gemeindeeigene Objekte und zwar befinden sich davon 121 Objekte in Wien und sieben Objekte außerhalb Wiens.

Ungemein groß ist das Verlangen, erklärt der Referent, städtische Grundflächen im Baurecht zu erhalten. Dies gilt sowohl für Genossenschaften, wie für Einzelbauwerber. Die Wohnbauförderung und die Neue Wiener Wohnbauaktion mit ihren günstigen Kreditmöglichkeiten steigern noch dieses Verlangen. Obwohl der zuständige Gemeinderatsausschuß auch in diesem Jahre wieder eine große Anzahl von Baurechtsansuchen genehmigte, konnte doch nur ein geringer Teil der Baurechtswerber befriedigt werden. Bis jetzt wurden insgesamt 5,250.000 Quadratmeter städtischer Grundbesitz im Baurecht vergeben.

Für Kleingartenzwecke standen zu Beginn des Jahres 1959 6,260.000 Quadratmeter gemeindeeigene Gründe zur Verfügung. Hievon mußten im Berichtsjahr 60.000 Quadratmeter für das eigene Bauprogramm sowie für Baurechtsbestellungen freigemacht werden. Dennoch konnten durch Ankauf von Gründen die für Kleingartenzwecke in Bestand gegebenen Flächen vermehrt werden. Im Jahre 1959 sind auch mehr als 150.000 Quadratmeter Erntelandflächen für Wohn- und Industriebauten freigemacht worden. Trotzdem sind noch immer, obwohl die Erntelandaktion vor fast zwanzig Jahren nur aus kriegsbedingten Gründen ins Leben gerufen wurde, 780.000 Quadratmeter städtischer Grundbesitz als Ernteland in Verwendung.

Im März 1959 wurde nach langwierigen Verhandlungen das Wiener Kleingartengesetz vom Wiener Landtag beschlossen. Wir

dürfen hoffen, daß dieses Gesetz mit seinen, den neuen Erfordernissen entsprechenden Bestimmungen mithilft, einer echten und modernen Kleingartenbewegung - die sich sinnvoll in das Stadtganze einfügt - den Weg zu bereiten.

Zum Abschluß dankt Stadtrat Glaserer den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses IX und den Mitarbeitern seines Ressorts für die loyale und gute Zusammenarbeit.

Die Debatte über Wohnungswesen

GR. Hausner (KLS) erklärt, der Bericht des Amtsführenden Stadtrates habe gezeigt, wie berechtigt die Kritik an der Wiener Wohnungspolitik sei. Die Sozialisten hätten gerade auf dem Gebiet der Wohnraumbeschaffung der ÖVP nicht nachgeben dürfen. Das Wohnungsanforderungsrecht der Gemeinden hätte geschützt werden müssen. Es hätte wesentlich zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen. Der Redner verlangt die Wiedereinführung des Wohnungsanforderungsgesetzes, steigt doch die Zahl der Wohnungssuchenden ständig. Auch das angekündigte Obdachlosenschutzgesetz sei bis jetzt nicht beschlossen worden. Derartige Gesetze wären jedoch dringend notwendig, da ohne gesetzliche Regelungen die Hauseigentümer nicht bereit sind, auf ihre Vorteile zu verzichten. Der Redner kommt sodann auf die derzeitigen Mietzinse zu sprechen. Er stellt fest, daß die Zinse in vielen Althäusern infolge von Reparaturen viel zu hoch sind. Die Qualität dieser Wohnungen stehe in keinem Verhältnis zu den Mietzinsen. Er tritt für die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds ein. Diese Frage müßte endlich gelöst werden. Die Sozialisten müßten der Volkspartei gegenüber die Interessen der Mieter vertreten. Eine von der Volkspartei geplante Mietzinserhöhung müßte unbedingt verhindert werden. Keine der Novellierungen der Mietengesetze habe bisher eine Entlastung auf dem Wohnungssektor gebracht. Für die Hauseigentümer wäre dabei aber immer eine Kleinigkeit abgefallen. Eine Diskussion dürfe es nicht über die Zinsfrage, sondern nur über die Wiedereinführung des Wohnungsanforderungsgesetzes und die Schaffung eines zentralen Reparaturfonds geben.

Der Redner lehnt auch den höheren Zins für die besser ausgestatteten Gemeindewohnungen ab. Man müßte den Mietern die Möglichkeit geben, diese bessere Ausstattung in Raten zu bezahlen, dürfe aber nicht die Zinse für ewige Zeiten derart hoch ansetzen. Auch die für Annuitätenzuschüsse zur Verfügung gestellten Mittel hätten zweckmäßiger für den sozialen Wohnhausbau verwendet werden müssen. Der soziale Wohnungsbau müßte vergrößert werden, denn woher sollte die Bevölkerung eine Wohnung bekommen. Die große Zahl der arbeitenden Menschen sei kaum in der Lage, eine Eigentumswohnung zu erwerben. Eine soziale Verwaltung sei aber dazu verpflichtet, allen Menschen bei geringster Belastung eine menschenwürdige Wohnung zur Verfügung zu stellen.

Der Redner übt dann Kritik an der Vergebung der Wohnungen und erklärt, daß eine Veränderung des Systems unbedingt notwendig ist. Man solle wieder zurückkehren zum System der Qualifizierung der Fälle.

Weiter fordert der Redner eine öffentliche Kontrolle, eine größere Toleranz gegenüber Tuberkulosen und Infektiösen und eine Hilfe für alt gewordene Hausbesorger, die ihre Hausbesorgerwohnungen verlassen müssen. Schließlich legt er zwei Anträge vor. Nach dem ersten soll der Gemeinderat an die Bundesregierung und alle Nationalräte appellieren, ehestens gesetzgeberische Maßnahmen zu beschließen, die den § 7 des Mietengesetzes außer Kraft setzen und die Schaffung eines Reparaturfonds gewährleisten. Dieser Reparaturfonds soll aus Zinsüberschüssen, Bundesmitteln und Gemeindegeldern gespeist werden. Nach dem zweiten Antrag soll der Stadtrat der Verwaltungsgruppe IX beauftragt werden, dem Gemeinderat ehe baldigst den Entwurf eines Wohnungsanforderungsgesetzes vorzulegen, und der Stadtsenat soll nach der Beratung des Entwurfes alles tun, um vom Parlament die rasche Verabschiedung eines solchen Gesetzes zu erreichen. Weiter soll der Stadtrat beauftragt werden, neue Richtlinien für die Vergebung aus Gemeindegeldern erbauter Wohnungen auszuarbeiten. Diese Richtlinien sollen eine Qualifizierung der Wohnungswerber ermöglichen und eine öffentliche Kontrolle der Wohnungsvergebung bieten.

Seine Fraktion wird gegen diese Budgetgruppe stimmen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß sich die dringendsten Probleme unserer Bevölkerung und unseres Staates nur durch Bereinigung der Wohnungsfrage lösen lassen. Das Glück unseres Volkes hängt von einem gesunden, lichten Heim ab. Die Wohnungsfrage ist heute nicht eine Frage unseres Landes allein. Leider aber muß man feststellen, daß sie nirgends unsachlicher und demagogischer behandelt wird als bei uns. Die herrschende Regierungskoalition war bis jetzt nicht in der Lage, diesen Fragenkomplex aus der Unsachlichkeit des Parteipolitischen Gezänks, des Parteistreits, auf die Ebene einer sachlichen Betrachtung zu stellen. Diese Koalition ist nicht in der Lage, diese Frage auch nur andeutungsweise zu klären.

Wir erleben es, daß bei steigender Bautätigkeit die Zahl der Wohnungsuchenden zunimmt. Die Lösung dieser Frage liegt nicht nur beim Wohnungsneubau, sondern hängt auch ab von einer möglichst gerechten Verteilung des bestehenden Wohnraums. Hier prallen die Gegensätze nach wie vor hart aufeinander. Auf der einen Seite der Standpunkt der Hausbesitzervereinigungen, daß sich mit der Zeit durch die Spielregeln des freien Marktes die Verhältnisse stabilisieren werden, auf der anderen Seite jener der Sozialistischen Partei, die das Allheilmittel in der Bewirtschaftung dieses Wohnraumes sucht. Das eine Argument wird in der Praxis durch den Wohnungssucher widerlegt, auf der anderen Seite erleben wir, daß auch die Bewirtschaftung die Dinge nicht zu regeln vermochte.

Wir Freiheitlichen wollen, daß endlich eine volkswirtschaftliche - nicht parteipolitische - Durchdenkung dieses Fragenkomplexes Platz greift. Wir glauben, daß eine generelle Lösung des Wohnbauproblems stattfinden müßte. Dazu gehört auch die Rettung des Althausbesitzes. Wir lehnen eine allgemeine Erhöhung der Mietzinse ab, falls nicht damit ein entsprechender Ersatz für die den Mietern entstehenden Lasten gewährleistet wird. Darüber hinaus sind wir ebenfalls für Maßnahmen, die geeignet sind, die ins Unerträgliche steigenden Bodenpreise zu reduzieren.

Keine Stellung ist heikler und undankbarer, als die eines Stadtrates des Wohnungswesens. Aber die Kritik an der Tätigkeit des Wiener Wohnungsamtes geht weit über das normale Maß hinaus. Die Klagen der Bevölkerung und ihre Erbitterung sind sehr stark.

Wenn die Bevölkerung das Gefühl hätte, es sei wirklich nur die Wohnungsbedürftigkeit der einzige Maßstab, dann würden sich alle die Bitten und Wünsche, die an die Parteipolitiker herangetragen werden, erübrigen. Die Bevölkerung hat eben dieses Gefühl nicht.

Die Wohnungen werden aus den Steuermitteln der Bevölkerung gebaut. Warum sollte dann die Bevölkerung kein Recht haben, eine öffentliche Kontrolle auszuüben? Warum kann man nicht auch in Wien ein Punktesystem ausarbeiten? Würde ein solches System eingeführt werden, dann würden verschiedene Klagen über Protektion reduziert werden. Leider haben wir in den Ausführungen des Herrn Stadtrates nichts Derartiges gehört. Die FPÖ-Fraktion ist daher nicht in der Lage, diesem Kapitel die Zustimmung zu geben.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) stellt der Tatsache, daß über 36.000 Wohnungswerber vorgemerkt sind, die Zahl von 4.500 Wohnungen, die im Jahre 1960 gebaut werden sollen, gegenüber, und erklärt, obwohl die Gemeinde 530 Millionen für den Wohnungsbau ausgeben wird, kommen wir der Lösung des Wohnungsproblems doch nicht näher. Wir bekennen uns zum sozialen Wohnungsbau und wir freuen uns über jede Wohnung, die vergeben werden kann; aber außerdem müssen alle Arten des Wohnungsbaues gefördert werden. Wir finden die Bezeichnung sozialer Wohnungsbau jedoch nur dann gerechtfertigt, wenn diese Wohnungen nur an solche Wohnungsuchende vergeben werden, denen es ihre pekuniäre Lage nicht erlaubt, selbst zur Schaffung einer Wohnung beizutragen (Beifall bei der ÖVP). Die Rednerin meint auch, daß man durchaus nicht davon sprechen könne, daß die Wohnungsnot in Wien nur mehr eine qualitative sei, wenn auch nicht bestritten werden kann, daß es viele Fälle von qualitativer Wohnungsnot gibt. Es ist jedoch ungerechtfertigt, Leute in neue Wohnungen einzuweisen, die sich nur "verbessern" wollen.

Wir verurteilen auch den Wucher mit Wohnraum auf das schärfste. Man muß aber das Problem als Ganzes sehen. Es gibt in allen Schichten der Bevölkerung und bei allen Parteien anständige Menschen, aber leider auch solche, die es nicht sind. Nicht nur die Hausherren, sondern auch die Mieter verlangen manchmal, wenn sie aus einer Wohnung ausziehen, weit höhere Summen, als durch die Investitionen gerechtfertigt wäre. Auch hat die Mehrheit dieses Hauses hier schon vom Problem der Untermieten gesprochen.

Wir brauchen ein Gesetz, das den ganzen Fragenkomplex zu regeln imstande ist. Im Obdachlosenschutzgesetz von Nationalrat Prinke liegt ein solcher Gesetzentwurf vor.

Die Rednerin spricht dann über die Einweisungen in Gemeindewohnungen und meint, wir müssen nicht nur familiengerecht bauen, sondern auch familiengerecht einweisen. (Beifall bei der ÖVP.) Die Altenwohnungen sollte man so anlegen, daß man in jedem Neubau im Parterre solche Wohnungen einbaut.

Schließlich gibt GR. Dr. Helene Stürzer einige Anregungen. Sie verweist darauf, daß gegenwärtig Wachebeamte keinen Vormerkschein bekommen, wenn sie als Wohnort die Kaserne angeben. Erfreulicherweise ist dies bei den Krankenschwestern nun nicht mehr der Fall. Gesundheitsschädliche Wohnungen sollten gesperrt werden, damit sie nicht wieder bezogen werden. Bei den Assanierungen sollte dafür Vorsorge getroffen werden, daß mehr Lokale auch für kleine Gewerbetreibende geschaffen werden und nicht nur Großbetriebe und Konsumvereine berücksichtigt werden. Die Mansardenwohnungen sollten in eine niedrigere Type eingereiht werden, da die schrägen Wände nicht so wie bei Normalwohnungen ausgenützt werden können.

Abschließend gibt die Rednerin in Namen ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe.

GR. Windisch (SPÖ) führt aus, die Vermehrung der Zahl der Wohnungssuchenden sei ein Alarmzeichen dafür, daß wieder eine quantitative Wohnungsnot im Entstehen begriffen ist. Wir haben gehört, daß derzeit 11.000 Notstandsfälle vorgemerkt sind. Der kommunale und der genossenschaftliche Wohnungsbau allein sind nicht in der Lage, die Wohnungsnot zu beheben. Dabei stehen nach vorsichtigen Schätzungen von Fachleuten in Wien heute 4.000 Wohnungen leer, weil die Menschen nicht mehr bereit sind, für alte und abgewohnte Wohnungen Beträge zu zahlen, die für sie unerschwinglich wären. So werden für eine Zweieinhalbzimmerwohnung 40.000 bis 60.000 Schilling verlangt. Ein ebenso hoher Betrag ist dann meistens für die Renovierung der Wohnung erforderlich.

Der Redner kommt dann ebenfalls auf den Bundestag der Haus- und Grundbesitzer zu sprechen. Er zitiert aus dem offi-

ziellen Bericht über die Tagung, in dem es heißt, daß der Abgeordnete Mayr im Namen des Nationalratsklubs der ÖVP erklärt habe, die Volkspartei werde einem Bodenbeschaffungsgesetz nur im Rahmen einer Generalmietenreform zustimmen.

GR. Windisch beschäftigt sich dann mit einigen Bemerkungen seiner Vorredner und hält fest, daß die Vormerkungen beim Wohnungsamt auf Grund der zuletzt geltenden Bestimmungen erfolgen. Das heißt, daß nur solche Leute vorgemerkt werden, bei denen bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Der Sprecher der ÖVP hat in der Generaldebatte gefragt, warum man seiner Partei nicht die Chance gegeben habe, das Wohnungsamt zu übernehmen. GR. Windisch verweist darauf, daß die ÖVP diese Chance schon einmal hatte, und zwar in den Jahren 1934 bis 1938. (StR. Lakowitsch, ÖVP: "Konstruieren Sie keine Verwandtschaften!") Es wurden jedoch nur Familiasyle gebaut. Es fehlt daher der ÖVP jede Berechtigung, am Wiener Wohnbauprogramm Kritik zu üben. (GR. Mühlhauser, ÖVP: "Wir haben dazu-gelernt, Ihr aber nicht, das ist der Unterschied!") Ich darf wohl sagen, fährt der Redner fort, daß nicht nur die Sozialisten, sondern die ganze Wiener Bevölkerung dagegen wäre, daß die ÖVP das Wohnungsamt führt. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Windisch kommt dann auf die Vorwürfe zu sprechen, daß in die Gemeindewohnungen nur Mitglieder der Sozialistischen Partei eingewiesen werden. Er sagt, daß er ab 1958 in seinem Wahlbezirk eine Statistik über die Zuweisungen aus den Reihen der Sozialisten vornimmt und dabei festgestellt hat, daß von allen Wohnungssuchenden auf der Wieden, die eine Wohnung bekamen, 41 Prozent Mitglieder der Sozialistischen Partei gewesen sind. Er nimmt auch Stellung zu dem im Wahlprogramm der ÖVP enthaltenen Vorwurf, daß von 59 sozialistischen Gemeinderatsmitgliedern 33 in Gemeindewohnungen wohnen, obwohl es sich hier, wie behauptet wurde, um Mieter handeln soll, die ein monatliches Einkommen von mindestens 20.000 Schilling haben. Er fragt in diesem Zusammenhang bei der ÖVP an, ob er sich die Differenz auf die 20.000 Schilling bei ihr holen könne. (Heiterkeit) Er selbst, fügt er dem hinzu, lebt mit seiner Familie in einer Zimmer-Küche-Gemeindewohnung, die er als Ausgebombter nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft erhielt. Zu dieser Zeit war er

noch nicht Mitglied der Sozialistischen Partei. Zu den Ausführungen des GR. Hausner stellt er fest, daß er diese alle Jahre im Gemeinderat vorbringe. Er müsse ihn auch diesmal darauf aufmerksam machen, daß die SPÖ für die Abschaffung der Wohnraumbewirtschaftungsgesetze nicht die Verantwortung trage. Er stellt in diesem Zusammenhang fest, daß das seinerzeitige Wohnungsamt in der Zeit der Gültigkeit des Neuvermietungsgesetzes, also innerhalb von zehn Jahren, 100.000 Wohnungen zuweisen konnte. Solange der freiwerdende Wohnbestand, sagt er, nicht gerecht verteilt werden kann, solange werden wir gegen die Wohnungsnot nichts Entscheidendes erreichen können. Er stellt abschließend fest, daß wir gegenwärtig leider zusehen müssen, wie die ÖVP die Wohnungsfrage zu junktimieren versucht (Beifall bei der SPÖ). Er appelliert an alle, insbesondere an die ÖVP, mitzuhelfen, die betrüblichen Zustände im Wohnungswesen abzuschaffen. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX die Zustimmung erteilen.

Stadtrat Glaserer nimmt im Schlußwort zunächst Stellung zur Kritik von GR. Hausner über die Abschaffung des Neuvermietungsgesetzes. Er erklärt, daß die Sozialisten zwar das Neuvermietungsgesetz niemals als ein Bewirtschaftungsgesetz angesehen haben, immerhin aber als die Möglichkeit, die Zweckentfremdung des Wohnraumes zu verhindern. Er stellt fest, daß zum jetzigen Zeitpunkt die Zweckentfremdung von Wohnungen ins Unendliche gestiegen ist, was die 18 Monate seit der Abschaffung des Neuvermietungsgesetzes bewiesen haben. Auf dem privaten Sektor wird jetzt überhaupt kein Wohnungsnotfall mehr gelöst. Zu der Behauptung, daß bei der Gemeinde Wien Mieterhöhungen durchgeführt wurden, stellt er fest, daß es nirgends der Fall gewesen ist. Wir haben, sagt er, eine völlig neue Type mit völlig neuer Wohnungsausstattung geschaffen und hierfür neue Mieten festgesetzt. Wir halten es nach wie vor für gerecht, daß für diese neuen Wohnungen eine neue Mietzinsbildung erfolgt. Was die Anschuldigung betrifft, daß bei der Vergebung von Wohnungen in der Magistratsabteilung 50 Protektion geübt wird, erklärt er, er müsse eine solche Kritik ablehnen. Wir haben zum Beispiel, so führt er weiter zu diesem Kapitel aus, 15.000 Wohnungssuchende vorgemerkt, die bis jetzt in überbelegten Zimmer-Küche-Wohnungen wohnen. Es ist klar, daß man diese Fälle nicht in einem Zuge lösen kann. ./.

Um nicht in den Verdacht zu kommen, Protektion zu üben, dürfte man überhaupt keinen dieser 15.000 Fälle lösen. Er meint, daß solange wir es mit einem Notstand zu tun haben, solange wird man auch nicht das Gerede von Protektion verhindern können. In seinem Ressort wird nach bestem Wissen und Gewissen bei der Zuweisung gehandelt. Zu den Vorwürfen über den Überbelag in den Wohnhausanlagen des sogenannten Schnellbauprogramms, wie sie von GR. Stürzer vorgetragen wurden, stellt der Referent fest, daß in diesen Gemeindehäusern 5.000 Familien mit je einem Kind untergebracht sind. Die Familien mit zwei Kindern werden aus diesen Wohnhausanlagen ständig herausgenommen und in größere Wohnungen eingewiesen. Sollten wir aber auch schon Familien mit einem Kind herausnehmen, was wir sicher gerne täten, würden wir wieder damit Vorschub zum Vorwurf der Protektion geben.

Zum Vorwurf des FPÖ-Gemeinderates Dr. Schmidt, daß mit dem Wohnbau allein nicht das Wiener Wohnungsproblem gelöst werden kann, sagt er, daß diese Meinung nur zum Teil stimmt. Er ist dagegen der Ansicht, daß man nur durch den Bau neuer Wohnungen und dem Umbau des bestehenden Wohnraumes diese schwierige Fragen lösen kann. Er gibt zu bedenken, daß wir es nicht nur mit den sogenannten Bassenawohnungen aus der Gründerzeit zu tun haben, sondern daß wir noch sehr viele Wohnungen mit Wasser und Klosett im Hof haben. Man könne eben nicht Qualität und Quantität zusammenmengen und dann ein allheilendes Rezept suchen. Der qualitative Notstand kann mit keinem Gesetz abgeschafft werden, der quantitative Notstand dagegen könnte mit einem brauchbaren Gesetz einer Lösung zugeführt werden. Und man sollte, setzt der Referent seine Ausführungen fort, mit der Not unserer Wohnungssuchenden keine Politik machen, denn so eine Politik wird niemandem Zinsen tragen (Beifall bei SPÖ). Stadtrat Glaserer sagte, er ist nicht gegen eine Diskussion über ein neues Punktesystem, er erklärt aber zugleich, daß durch eine neue Zuweisungspraxis nicht mehr Wohnraum geschaffen werden kann. Die Erhebungen bei der Behandlung der Gesuche wird von dem Beamten seines Ressorts gewissenhaft durchgeführt, man möge aber bedenken, daß diese Beamten keine Kriminalpolizisten sind, und nichts dafür können, wenn manchmal eine Wohnung auf Grund

von falschen Angaben vorgenommen wird. Der Redner meint, man müßte sich auch einmal mit den Lagerinsassen unserer Obdachlosenheime zu beschäftigen haben, die selbst das geringste Entgelt nicht bezahlen wollen. Zum Schluß seiner Ausführungen glaubt Stadtrat Glaserer, es wäre nicht am Platze, die Wohnungszuweisungen als "heißes Eisen" zu bezeichnen. Wenn wir bedenken, daß bei zwei Drittel aller Wohnungsvergebungen durch die Gemeinde Wien krassste Notfälle sind, dann könne eine solche Bezeichnung nicht stimmen. Er nimmt dann Stellung zu den Vorwürfen des FPÖ-GR. Dr. Schmidt, daß Mandatare in Wohnungsangelegenheiten intervenieren. Der Gemeinderat, sagt er, wurde in einem Wiener Bezirk gewählt, und zwar durch das Vertrauen seiner Wähler. Es ist selbstverständlich, daß er auch mit seinen Wählern zusammenkommt. Der Mandatar kann dabei nicht verhindern, daß ihm auch Wohnungssorgen vorgetragen werden. Er stellt fest, daß nur ein sehr geringer Teil von Interventionen in seiner Geschäftsgruppe Erfolg habe. Er selbst habe es als Stadtrat für das Wohnungswesen stets entschieden abgelehnt, in den Sprechstunden des Parteisekretariates seines Bezirkes Wohnungsangelegenheiten zu behandeln, um sich keinen Vorwürfen auszusetzen.

Die Forderung, bei den Vormerkungen etwas großzügiger zu sein, müsse zurückgewiesen werden. Schließlich will man ja alle Vormerkungen erledigen und die Leute nicht zum Besten halten. Je mehr Leute vorgemerkt sind, umso weniger rasch können die wirklich dringenden Fällen erledigt werden. GR. Dr. Stürzer meinte, daß vielfach zwei Generationen in einer Wohnung wohnen müssen. Das sei richtig und auch der Grund, warum so viele Familien von der Obdachlosigkeit bedroht sind. Es lassen nämlich in sehr vielen Fällen die Eltern ihre eigenen Kinder delogieren, oft auch dann, wenn die Wohnungen nicht gerade klein sind. Die Gemeinde könne daher diese sogenannten Gefälligkeitsdelogierungen nicht immer berücksichtigen. Es wurde auch über familiengerechtes Bauen gesprochen. Dazu ist zu sagen, daß heute bereits familiengerecht gebaut wird. Die Ausführungen der GR. Dr. Stürzer, man möge doch mehr Geschäftslokale für Private und weniger für den Konsum bauen, kann man mit Zahlen entkräften.

Während in der Zwischenkriegszeit in den Gemeindebauten auf 95 Geschäftslokale fünf Konsumvereinslokale kamen, ist das Verhältnis jetzt 97 : 3. Der Stadtrat erklärte sich bereit, auch über die quadratmetermäßige Verteilung demnächst genaue Zahlen bekanntzugeben. Zur Frage der Mandatare in Gemeindewohnungen ist zu sagen, daß selbstverständlich auch ein Mieter einer Gemeindewohnung zum Gemeinderat gewählt werden kann. Außerdem könne kein Mitglied des Gemeinderates wissen, ob er während der nächsten Wahlperiode noch als Abgeordneter fungiert. StR. Glaserer stellt fest, daß es ihm persönlich nur angenehm gewesen wäre, würde das Wohnungsamt von einem ÖVP-Stadtrat verwaltet werden. Seine Parteifreunde haben jedoch gefunden, daß es in seinen Händen noch immer sicherer sei, als in denen eines ÖVP-Stadtrates. (Beifall bei der SPÖ.) Die Anträge des GR. Hausner ersucht der Referent dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zuzuweisen. Den einzelnen Debattenrednern dankt er für die Diskussion, denn sie haben dieses heikle Thema mit Ernst und Sachlichkeit behandelt. Im übrigen bittet er um Annahme der Ansätze. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 9. Hauptstückes ohne die Stimmen der FPÖ und KLS angenommen. Die beiden Anträge wurden einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

- - -

Entfallende Sprechstunden

=====

21. Dezember (RK) Donnerstag, den 24. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Anton Schwaiger.

- - -

Straßenbahnfahrpreis zu den Feiertagen

=====

21. Dezember (RK) Am Freitag, dem 25., (Christtag), und Samstag, dem 26. Dezember, (Stephanitag), sowie am Freitag, dem 1. Jänner, (Neujahr), gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 4.- Schilling im Tarifgebiet I oder II und auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrtscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit.

Die Kurz-, Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrtscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesen Tagen ungültig. Auch auf den Autobuslinien sind sämtliche Wochenkarten ungültig, es gelten aber die Übergangsfahrtscheine Straßenbahn (Stadtbahn) - peripherer Autobus zum Preise von 3.20, 3.60 und 4.- Schilling.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 2.20 Schilling-Fahrtschein (im Vorverkauf 2.- Schilling).

Die Vorverkaufsstellen sind am Donnerstag, dem 24. Dezember, von 6.30 bis 14. Uhr, am Donnerstag, dem 31. Dezember, ganztägig und am Freitag, dem 1. Jänner, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Freitag, dem 25., und Samstag, dem 26. Dezember, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse, Wien 6, Rahlgasse 3, ist am Donnerstag, dem 24. Dezember, von 8 bis 12 Uhr und am Donnerstag, dem 31. Dezember, von 8 bis 15 Uhr geöffnet, hingegen am Freitag, dem 25., Samstag, dem 26., Sonntag, dem 27. Dezember, und Freitag, dem 1. Jänner, geschlossen.

- - -

Weihnachten in städtischen Anstalten

=====

21. Dezember (RK) In den städtischen Spitälern, Pflegeanstalten und Heimen herrscht seit Tagen weihnachtliche Stimmung. Wie alle Jahre kommen die Stadtväter mit dem Bürgermeister, den Vizebürgermeistern und den Stadträten an der Spitze in die Krankenzimmer, in die Tagräume der Pfleglinge in den Altersheimen und in die Erziehungsheime, um allen unseren Mitbürgern, die das Fest der Familie nicht zu Hause feiern können, im Namen der Stadt die Weihnachts- und Neujahrswünsche zu überbringen. In den letzten acht Tagen nahmen die Vertreter der Stadtverwaltung an mehr als 100 Weihnachtsfeiern in den städtischen Anstalten teil.

- - - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner

=====

21. Dezember (RK) Im Jänner sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,
Getränkesteuer für Dezember,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Dezember.
 14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,
Ortstaxe für Dezember.
 15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.
 25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Jänner.
- - - -

10. Hauptstück: Wirtschaftsangelegenheiten

=====

Stadtrat Bauer (ÖVP) referierte sodann über die Ansätze der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten.

Nach den Ansätzen für das Jahr 1960 werden die Ausgaben in dieser Gruppe 142,999.200 Schilling betragen, das ist um 9,997.500 Schilling mehr als im Jahr 1959 im Voranschlag enthalten waren. Es ergibt sich daher eine Ausgabensteigerung von ungefähr 7.4 Prozent. Dem stehen voraussichtlich Einnahmen von 83,423.400 Schilling gegenüber. Das sind um 2,137.200 Schilling mehr als im Voranschlag 1959 präliminiert waren. Die Steigerung beträgt hier 2.6 Prozent.

Stiefmütterlich bedacht wurden die Ansätze für bauliche Herstellungen. Die Magistratsabteilung 54, Beschaffungsamt, kann 140.000 Schilling und die angeschlossene Bäckerei 100.000 Schilling für diesen Zweck ausgeben, die Magistratsabteilung 59, Märkte, 4,062.000 Schilling, die Magistratsabteilung 60, Veterinärwesen 5,280.000 Schilling. Marktamt und Veterinäramt werden von den angeführten Beträgen für den Schlachthof und Zentralviehmarkt etwa sechs Millionen Schilling ausgeben. Damit können selbstverständlich nur die allerdringendsten Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden.

Es wäre von der Stadtplanung doch zu überlegen, ob es überhaupt zweckmäßig ist, noch größere Beträge in den jetzigen Viehmarkt und in das Schlachthaus zu investieren. Bei dieser Gelegenheit muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß für die Anlagen in St. Marx auch eine weitere Gefahr besteht. Man hat in den letzten Jahren Wohnhäuser der Gemeinde Wien so nahe an St. Marx gebaut, daß schon jetzt berechtigte Beschwerden von den dort befindlichen Mietern wegen Geruchsbelästigung an die Stadtverwaltung herangetragen werden. Wenn man in Betracht zieht, daß Viehmarkt und Schlachthof ein Areal von 397.076 Quadratmetern bedecken, muß man denn doch die Frage aufwerfen, ob nach den heutigen Erfahrungen für die Fleischversorgung Wiens so ausgedehnte Märkte und Schlachthäuser überhaupt notwendig sind.

Sollte sich die Stadtplanung aber doch entschließen Viehmarkt und Schlachthof in St. Marx zu belassen und etwa auch den Großhandel mit Fleisch von der Großmarkthalle nach St. Marx zu verlegen, müßte man im Interesse der Mieter verhindern, daß weitere Wohnhausanlagen in der Nähe von St. Marx errichtet werden.

Für die Planung eines Obst- und Gemüsegroßmarktes wurden für 1960 150.000 Schilling ins Budget eingesetzt. Es ist zu hoffen, daß der von so vielen Körperschaften gewünschte Obst- und Gemüsegroßmarkt nun doch bald errichtet werden kann.

Die Magistratsabteilung 54, die mit der Beschaffung für die in der Geschäftseinteilung vorgesehenen Waren zuständig ist, konnte alle Erfordernisse für die städtischen Ämter, Anstalten, Betriebe und Schulen bereitstellen. Außerdem besorgt sie die Verwaltung und den Abverkauf aller im städtischen Haushalt nicht mehr verwendbaren Materialien mit Ausnahme der Kraftfahrzeuge. Für die vom Beschaffungsamte gekauften Lebensmittel wurden bis 31. Oktober 1959 17,963.068*17 Schilling ausgegeben. Textilien und Lederwaren wurden um zirka 12,52 Millionen Schilling angekauft und darüber hinaus noch verschiedene Lohnarbeiten in Auftrag gegeben. Bei verschiedenen Artikeln der Reinwoll- und Lederindustrie haben sich bedeutende Preiserhöhungen ergeben. Preiserhöhungen gab es auch im Reinigungsgewerbe (16 Prozent), bei den Transportarbeiterbeistellungen (vier Prozent) und bei den Fertigprodukten der Holzverarbeitungsbetriebe sieben Prozent. Durch das teilweise Nachziehen des österreichischen Eisenpreises an den Weltmarktpreis traten Preiserhöhungen bei Eisenwaren bis zu zehn Prozent ein. An Wirtschafts-, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren wurden Waren im Werte von 14,3 Millionen Schilling eingekauft. Für Papier- und Kanzleimaterialien wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1959 2,955.000 Schilling ausgegeben. Weiters wurden 8.458 Druckaufträge im Gesamtbetrage von 4,417.776 Schilling vergeben. Für sonstige Kanzleimaterialien wurden 1,166.600 Schilling verbraucht. Im Zuge der Modernisierung und der Fortsetzung der Mechanisierung in den städtischen Dienststellen wurden für Büromaschinen 925.742*98 Schilling aufgewendet.

Weiters wurde in der Berichtszeit ein Mietvertrag über die Aufstellung einer Lochkartenmaschinenanlage abgeschlossen. Die Lochkartenmaschinenanlage soll vorerst zur Verrechnung der Löhne und Gehälter, in weiterer Folge auch für andere Aufgaben (Wassergebührenverrechnung, Stimmlisten, Materialverrechnung) herangezogen werden.

Was die Beschaffung von Brennstoffen betrifft, konnte auch hier die reibungslose Auslieferung durch eine entsprechende Vorratswirtschaft bewerkstelligt werden. Bis 31. Oktober 1959 wurde an städtische Verbrauchsstellen insgesamt 71.992 Tonnen Brennstoffe abgegeben. Die Stadt Wien war in ihrem Bereich durch zunehmende Verwendung heimischer Brennstoffe bemüht, die schwierige Lage der österreichischen Bergbaue erleichtern zu helfen.

Die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen erforderte etwas über 12 Millionen Schilling. Die Kosten der laufenden Instandsetzung betragen 570.000 Schilling. Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial beläuft sich auf ungefähr 2,3 Millionen Schilling.

Für die Erneuerung und Verbesserung von Einrichtungsgegenständen, Lehr- und Lernmitteln für Schulen wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1959 wieder beträchtliche Mittel aufgewendet. Neben der Sonderschule für Körperbehinderte in Währing wurden noch die Schulneubauten in Hadersdorf-Weidlingau und Max Winter-Platz eingerichtet. Eine weitere Reihe von Lehrerzimmern konnten unter Beiziehung von Architektenteams der Magistratsabteilung 19 neu ausgestattet werden. Da die Erneuerung der Lernbücher im wesentlichen abgeschlossen ist und derzeit nur auf einzelnen Gebieten Neuanschaffungen getätigt werden, werden nunmehr auf dem Gebiet der Lehrmittel laufend Neuanschaffungen durchgeführt und Reparaturen großen Ausmaßes vorgenommen.

Die Bäckerei wird, soferne die Voranschlagssätze eingehalten werden können, 500.000 Schilling Mehrertrag erbringen.

Dieser Geschäftsgruppe obliegt auch die administrative Praterverwaltung.

Erfreulicherweise verschwinden im Prater die letzten Ruinen.

./.

Der Kaisergarten, durch dessen Neugestaltung lichtscheue Elemente ihre Unterkunft verloren haben, wird einen repräsentativen Zugang zum Prater schaffen, in dem jetzt wieder - im Gegensatz zu früheren Jahren - normale Sicherheitsverhältnisse herrschen. Bei dieser Gelegenheit muß man den Schaustellern und Gastwirten danken, die schon knapp nach 1945 unter unglaublichen Schwierigkeiten ein großes Aufbauwerk geleistet und mit dazu beigetragen haben, daß der Wiener Prater für die Wiener Bevölkerung aber auch für unsere ausländischen Gäste zu jenem Begriff wurde, der er vor 1938 war.

Der städtische Grundbesitz umfaßte am 31. Dezember 1958:

	in Wien	außerhalb Wiens
Alleinbesitz	1,728.297*16 ar	2,054.413*87 ar
Mitbesitz	66.453*39 ar	4.482*-- ar
Vereinigte Wiener Fürsorge- stiftung	2.425*23 ar	---

Damit ist die Gemeinde Wien zu einem der größten Grundbesitzer Österreichs geworden.

In der ertragbringenden Verwaltung werden die Bestandzinsen nach Möglichkeit weiterhin erhöht werden, soweit sie den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß dies, da es sich um zweiseitige Verträge handelt, nur im Einvernehmen mit den Vertragspartnern möglich ist. Derartige Verhandlungen dauern oft sehr lange. Außerdem ist besonders darauf hinzuweisen, daß Erhöhungen bei landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Bestandflächen nur im Rahmen der Richtsätze der Landwirtschaftskammer möglich sind. Diese Pachtzinsen können keinesfalls eine Amortisation des Kaufpreises eines zum Beispiel als Baugrund gekauften Grundstückes herbeiführen.

Von großer Bedeutung für den Wiener Fremdenverkehr ist der Wiener Buschenschank, der unter dem Begriff "Heuriger" weltbekannt wurde. Das Buschenschankwesen ist derzeit durch eine Verordnung aus dem Jahre 1939 geregelt und ist nicht zuletzt aus dem Grunde, daß diese Regelung aus der Zeit der deutschen Besetzung stammt, reformbedürftig. Der Magistrat hat nunmehr den 1. Entwurf eines neuen Buschenschankgesetzes den Interessenvertretungen zur Stellungnahme zugeleitet.

Die Vorarbeiten für ein Tierzuchtförderungsgesetz, das durch die Vorschreibung der Körperpflicht nur geeignete Vattertiere zur Tierzucht zulassen und als Anreiz zu deren Haltung Subventionen vorsehen soll, sind bereits weit gediehen.

In Ausführung der der Land- und Forstwirtschaftsinspektion durch die Wiener Landarbeitsordnung gestellten Aufgaben wurden im Berichtszeitraum 1314 land- und forstwirtschaftliche Betriebe einer Kontrolle unterzogen. Zum Zeitpunkt der einzelnen Betriebskontrollen waren in den besuchten Betrieben 2959 familieneigene und 785 familienfremde Arbeitskräfte ständig beschäftigt. Das Schwergewicht der von den Organen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion ausgeübten Tätigkeit lag entsprechend der gesetzlichen Anweisung auf der Beratung der Dienstgeber und Dienstnehmer in arbeits- und sozialrechtlichen Belangen und vor allem in Angelegenheiten der Unfallverhütung. Es wurde festgestellt, daß die Betriebsinhaber zumeist selbst schon darauf bedacht sind, Beanstandungen dadurch aus dem Wege zu gehen, daß sie den bei früheren Kontrollbesuchen erteilten Aufklärungen und Beratungen sowie den Aufforderungen zur Behebung von Mängeln und zur Abstellung von Unzulänglichkeiten weitgehend nachkommen.

Abschließend wird hiezu noch erwähnt, daß die Aufgaben und Befugnisse der Land- und Forstwirtschaftsinspektion durch die Landarbeitsordnungsnovelle 1958, mit der die Mutterschutzbestimmungen für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Frauen verbessert wurden, in den darin geregelten Belangen eine nicht unbedeutende Erweiterung erfahren haben.

In Anlehnung an die im Land Niederösterreich geltenden Schonzeiten wurde die Schonzeit für Rehgaßen und Kitze verkürzt und auf den Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. August festgesetzt. Die seinerzeit festgestellten Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete haben keine Änderung erfahren.

Derzeit bestehen 28 anerkannte Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2376,6 ha. Die Fischereireviere werden von 80 Fischereiaufsehern beaufsichtigt.

Die die Zulassung und Pflichten der Markthelfer regelnden Magistratskundmachungen wurden einer Novellierung unterzogen, wonach nunmehr die Zulassung der Markthelfer, deren Lizenzen bisher in Abständen von ein bis drei Jahren erneuert wurden, ohne zeitliche Beschränkung vorgenommen und nur im Falle schwerer Verfehlungen der Lizenzinhaber zurückgenommen wird. Gleichzeitig wurde auch den Markthelfern durch Wegfall der jährlich vorzunehmenden Vergebührung der Bewilligungen eine finanzielle Erleichterung zuteil.

Im Hinblick auf die Wiener Ladenschlußverordnung, LGBl. Nr. 1/1959, ist es auch notwendig geworden, die Verkaufszeiten auf den Wiener Märkten neu zu regeln. Der diesbezügliche Entwurf einer Magistratskundmachung ist bereits fertiggestellt. Es wird, wenn es auch nicht möglich ist, den Wünschen aller Interessenten nachzukommen, getrachtet, mit der Neuregelung der Marktverkehrszeiten im öffentlichen Interesse nicht nur der besonderen Bedeutung der Märkte für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und den Erfordernissen der Marktverwaltung, sondern auch den verständlichen Forderungen der Markthändler einerseits und der Angestellten andererseits, weitgehend gerecht zu werden.

Von den in den Angelegenheiten des Schiffahrtswesens bearbeiteten Geschäftsstücken betrafen 110 die Schifffahrt selbst, darunter 13 Nachrichten für die Schifffahrttreibenden, betreffend die Behinderung der Schifffahrt auf der Donau, während 384 Fälle auf die Ausstellung oder Verlängerung von Schiffspatenten und Fahrtüchtigkeitszeugnissen entfielen und 140 Fälle die Zulassung von Schiffen zum Verkehr sowie die Ausgabe von Kennzeichen und 55 Fälle die Bewerbung um Schiffsführerpatente zum Gegenstand hatten.

Im Berichtszeitraum hatten insgesamt 540 Motorboote ihren Standort in Wien. Davon stehen 457 im Besitz von Privatpersonen und 83 in Verwendung des öffentlichen Dienstes wie Feuerwehr, Polizei, Bundesstrombauamt.

Der Stadtrat kommt dann auf die Märkte zu sprechen und führt aus: Der vordringliche Wiederaufbau zerstörter oder durch Kriegseinwirkung beschädigter Anlagen hatte jahrelange Einschränkungen der Aufwendungen zur Erhaltung der Marktobjekte zur Folge.

Die zum überwiegenden Teil dem Wiederaufbau dienenden Mittel können daher im vollen Ausmaße der Behebung von Zeitschäden, der Steigerung der Verkehrssicherheit auf Marktflächen, der Modernisierung, der zweckmäßigen Umgestaltung, der Verbesserung eine Steigerung von rund 425.000 Schilling erfahren.

In diesem Zusammenhang ist die Verlegung des Marktes "Am Hundsturm" an den Rand einer in unmittelbarer Nähe befindlichen Grünanlage vorgesehen. Mit der Verschiebung wird nicht nur Verkehrsrücksichten, sondern auch der Sorge für die körperliche Sicherheit der Marktbesucher Rechnung getragen. Die Errichtung eines Wohnhausbaues auf den seinerzeitigen Gründen des Reservegartens im 2. Wiener Gemeindebezirk macht die Verlegung des Marktes in der Vorgartenstraße in die Ennsgasse notwendig.

Der Hannovermarkt im 20. Bezirk erfreut sich eines ständig steigenden Zuspruches. Es ist eine Erweiterung der Marktfläche zur Errichtung gewerblicher Betriebe und der Bau einer Gemüsewaschanlage vorgesehen.

Umfangreiche Instandsetzungen und Erneuerungen sind an und in der für die Fleischversorgung Wiens wichtigen Großmarkthalle notwendig, damit auch dieses Objekt gesteigerten wirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden kann. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Zentralviehmarkt. Hier sind es die veralteten Auswiege- und Registriergeräte, die einen Umbau auf Waagen nach dem Rollgewichtssystem zweckdienlich erscheinen lassen.

Mit Rücksicht auf die vorgesehene Führung der Trasse der Autobahn "West", bzw. einer Schnellstraße, im Wiental sind für die Verlegung des Obst- und Gemüsegroßmarktes vom Gelände des Naschmarktes in Wien 4, nach dem möglichen zukünftigen neuen Standort genauere Studien zur Auswahl der wirtschaftlichen Möglichkeiten, der Bodenverhältnisse, zur Abschätzung der Gesamtkosten als Grundlage für die Ausarbeitung von Detailprojekten, genaue vermessungstechnische Lage- und Höhenpläne des betreffenden Erschließungsgebietes notwendig.

Die Versorgungslage und Marktbeschickung wird im Zusammenhang mit der Preisbewegung vom Marktante einer laufenden Beobachtung unterzogen und deren Ergebnis in periodischen Berichten veröffentlicht.

Zu diesem Zwecke werden umfassende Wochenberichte über das Marktgeschehen sowie über die Preislage der wichtigsten Lebensmittel- und Verbrauchsartikel verfaßt, die nach wie vor von amtlichen und anderen interessierten Stellen für Informationszwecke herangezogen werden. Weiters gibt eine jeweils zum Wochenende verfaßte Kurzübersicht der Händlerschaft und den Konsumenten Aufschluß über die Angebots- und Preislage sowie über die Absatzverhältnisse. Sie stellt für die Verbraucher einen wertvollen Beratungsbehelf bei ihren Einkäufen dar. Weiters sei darauf hingewiesen, daß täglich im Rundfunk die auf dem Naschmarkt geltenden Verbraucherpreise der wichtigsten Gemüsesorten verlautbart werden.

Zu Beginn des heurigen Jahres zeigten sich auf dem Preissektor - vorerst bei Gemüse - später auch bei Obst und Fleisch unliebsam empfundene Preiserhöhungen, welche bei Obst und Gemüse auf das katastrophale Schlechtwetter dieses Jahres zurückzuführen waren. Die schwere Regenperiode und die später einsetzende ungewöhnliche Trockenperiode bei Sommerschluß, haben nicht nur bei uns, sondern auch in den für uns in Betracht kommenden Importländern schwere Schäden im Gefolge gehabt. Das abnormale Wetter brachte nicht nur große Ausfälle in Erstlingsgemüsen, sondern verzögerte auch die Anlieferung von Obst und Gemüse im stärksten Maße. Die Folge der nicht befriedigbaren Nachfrage waren stärkere Preiserhöhungen bei allen Gemüsesorten. Konnten diese Preiserhöhungen im späteren Jahresverlauf bei Gemüse gemildert werden, so zeigte sich die Preisauftriebstendenz bei Obst infolge des andauernd abnormalen Wetters im verstärkten Ausmaße. Fast bei allen Obstarten waren große Mindererträge festzustellen, die auf die Preisgestaltung nachteiligen Einfluß übten.

Auch in der Fleischversorgung der Stadt traten in den Sommermonaten starke Engpässe auf. Der zunehmende Fremdenverkehr brachte natürlicherweise eine fühlbare Steigerung des Fleischkonsums mit sich. Die Inlandzufuhren auf dem Wiener Schweinemarkt sanken in dieser Zeit von rund 7.000 Stück Schweine auf 2.000 Stück in der Woche ab, also eine Minderanlieferung von 5.000 Stück pro wöchentlichem Markttag.

Mit großen Anstrengungen gelang es vorerst, die Minderbelieferung des Marktes durch starke Importe auszugleichen.

Kritisch wurde die Situation, als in Bulgarien die Maul- und Klauenseuche ausbrach und die Gefahr bestand, daß die getätigten Abschlüsse infolge der drohenden Einfuhrsperre nicht durchgeführt werden könnten. Auch diese kritische Situation konnte schließlich überbrückt werden. Sie zeigte aber deutlich die Gefahren auf, welche in der Versorgung der Stadt eintreten können, wenn der Fleischbedarf in zu großem Ausmaß nur durch Importe, also aus dem Ausland gedeckt werden muß. Auf dem Zentralviehmarkt traten an einigen Markttagen wieder als Alarmzeichen die "Schlachtgewichtspreise" in Erscheinung.

Für die Wiener Bevölkerung ergab sich als Folge der geschilderten Umstände die unangenehme Tatsache, daß auch die Detailpreise, insbesondere bei Kalb- und Schweinefleisch, spürbar erhöht wurden. Mit Abflauen des Reiseverkehrs klangen diese Preiserhöhungen wieder ab und heute stehen die Vorsaisonpreise wieder in Geltung.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn durch geeignete Maßnahmen die inländische Schweinezucht wieder gehoben werden könnte, damit Wien nicht eines Tages von einer noch unangenehmeren Situation überrascht wird.

Aus der ständigen Marktbeobachtung ergibt sich auch die Möglichkeit, bei den hierfür zuständigen Bundesministerien rechtzeitig die Einfuhr von lebenswichtigen Nahrungsmitteln anzuregen, sowie auch zu den geplanten Exporten solcher Waren Stellung zu nehmen. Ihre Ein- und Ausfuhr ist oftmals von ausschlaggebender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Preislage dieser Waren im Inland.

Beachtlich ist auch die Mitarbeit des Marktamtes bei der Erstellung der Amtlichen Österreichischen Preisstatistik (Preis-Index des Österreichischen Statistischen Zentralamtes). Es müssen hiebei allmonatlich in etwa 200 Kleinhandelsgeschäften die Verbraucherpreise für mehr als 100 verschiedene lebenswichtige Artikel - (Lebens- und Genussmittel, Bekleidungsgegenstände, Schuhe, Geschirr usw.) - festgestellt und statistisch erfaßt werden.

Im Rahmen der lebensmittelpolizeilichen Tätigkeit des Wiener Marktamtes sind rund 20.400 Lebensmittelkleinhandels- sowie 1.500 Großhandels- und Erzeugerbetriebe zu überwachen. Im letzten Jahre wurden hiebei rund 34.000 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes abgenommen und zum Teil im eigenen Wirkungsbereich einer Begutachtung unterzogen, zum Teil der Untersuchung und Begutachtung durch die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung zugeführt. Die wichtigsten Importe von Lebensmitteln werden nach wie vor auf ihre Eignung noch vor ihrer Inverkehrsetzung stichprobenweise überprüft. Auf diese Art wird nicht nur der Konsument vor einer etwaigen Übervorteilung geschützt, sondern auch der Importeur selbst, bzw. der Groß- und Kleinhändler weitgehend vor Schaden und Unannehmlichkeiten bewahrt.

Durch kommissionelle Begutachtungen unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Innungen wurden auch im abgelaufenen Jahre die Brotqualität sowie die Güte der Wurstwaren ständig kontrolliert. Hiedurch wurde bisher eine Beschaffenheit dieser so wichtigen Lebensmittel erreicht, die nicht nur im Interesse einer berechtigten Verbrauchererwartung, sondern auch in der des Erzeugers selbst gelegen ist. Ferner wäre auf die Pilzkontrolle hinzuweisen. Die vom Marktamt in den letzten Jahren sehr erfolgreich durchgeführte Weinkontrolle wurde auch im Berichtsjahre auf breiter Basis fortgesetzt. Was den lebensmittelpolizeilichen Sektor betrifft, kann zusammenfassend festgestellt werden, daß im vergangenen Jahre 933 Anzeigen an Gerichte und Verwaltungsbehörden erstattet werden mußten.

Im Einvernehmen mit dem Marktamt ist die Stadtplanung bestrebt, zur Entlastung des immer mehr zunehmenden Verkehrs an besonders neuralgischen Verkehrspunkten gelegene Marktobjekte in ruhigere Verkehrsgebiete zu verlegen. Hiebei wird auf die Erfordernisse des betreffenden Marktes in jedem einzelnen Fall größtmögliche Rücksicht genommen.

In gewerbepolizeilicher Hinsicht werden von den Organen des Marktamtes laufend die Gewerbebetriebe im Stadtgebiet von Wien überprüft. Der Hausier- und Wanderhandel wird auf den Straßen und Plätzen des Stadtbereiches ständig überwacht.

Die Organe des Marktamtes sind auch mit der Überwachung der unbefugten Abgabe von geschützten Pflanzen in Ladengeschäften, auf Straßen- und Marktständen und bei Wanderhändlern beschäftigt. In Tierhandlungen wieder werden Kontrollen bezüglich des Feilbietens geschützter Tierarten vorgenommen.

Auf all den genannten Gebieten wurde eine umfangreiche Tätigkeit vom Marktamte durchgeführt und größere Versorgungsstockungen irgendwelcher Art sind nicht in Erscheinung getreten.

Der Referent stellte dann die umfangreiche Tätigkeit des Veterinäramtes dar und verweist darauf, daß sich der Schlachthofbau derzeit im Stadium einer stürmischen Entwicklung befindet. Es wird Aufgabe aller zuständigen Stellen sein, das Schlachthof-Problem einvernehmlich zu lösen. Dabei wird man auch die Interessen des Viehhandels und des Fleischergewerbes zu berücksichtigen haben. Vertreter dieser beiden für die Versorgung der Stadt so wichtigen Wirtschaftszweige sollten zeitgerecht eingeladen werden, ihre Wünsche zu äußern, wenn mit der Planung eines neuen, modernen Schlachthofes begonnen wird.

Zusammenfassend erklärt der Stadtrat, daß diese Geschäftsgruppe wohl nicht zu den größten, doch aber zu den wichtigsten zählt. An Hand des gelegten Berichtes ist der stetige Aufstieg der Bundeshauptstadt festzustellen, an dem - das darf mit Dankbarkeit und Freude vermerkt werden - die freie Wirtschaft einen überaus wichtigen Anteil nimmt. Die selbständigen Handels- und Gewerbetreibenden sind es, die der Gemeinde durch die von ihnen abgeführten Steuern und Abgaben oft überhaupt erst die Mittel für Maßnahmen verschiedenster Art zur Verfügung stellen. Die Arbeit unserer Unternehmer für unsere Stadt sollte von dieser Stelle aus vor allem auch deshalb gewürdigt werden, weil es oft Stimmen gibt, die an dem Selbständigen kein gutes Haar lassen.

Gerade der kleine und mittlere Unternehmer, der gelegentlich auch als Kontrahent der Stadt Wien beschäftigt wird, erfüllt nicht nur gegenüber seinen Arbeitern sondern auch gegenüber der Allgemeinheit in vorbildlicher Weise seine Pflicht. Er verdient es wohl nicht, als "Ausbeuter" hingestellt zu werden.

Lassen Sie mich, sagt der Redner, von dieser Stelle aus auch noch kurz darauf hinweisen, daß wieder einmal ein Jahr hinter uns liegt, in dem wir, trotz aller Verschiedenheit der Auffassungen über wirtschaftliche Dinge, einen weiteren Schritt nach vorwärts getan haben. Daß unsere Märkte ausreichend besetzt sind und die Hausfrau im großen und ganzen durchaus preisgünstig einkaufen kann, ist nicht zuletzt ein Verdienst der gesamt-österreichischen Wirtschaftspolitik, in der die freien Bauern und Gärtner, in der der freie Handel mit all seinen Verästelungen und unsere Gewerbetreibenden gemeinsam mit den Arbeitern für eine ausreichende Versorgung der Konsumenten beitragen. Alles in allem: Es geht uns zwar durchaus noch nicht glänzend, aber es geht uns doch ganz gut, denkt man etwa an die Zeit von 1938 bis 1945, an den bayrischen Hilfszug, oder an die Jahre unmittelbar nach Kriegsende. Bei uns kann man zwar vielleicht nicht alle Tage Butter essen - immerhin ist sie bei uns im Gegensatz zu einem ganz bestimmten, angeblich sozialistischen Staat, in Hülle und Fülle vorhanden. Zum Schluß: Wir wollen, daß unsere Wiener gut und in Frieden leben, wir wollen sie geschützt sehen vor ungerechtfertigten Preisforderungen, wir wollen sie versorgt wissen mit erstklassigen Waren. Meine Geschäftsgruppe ist bemüht, der Wiener Wirtschaft zu helfen, wo immer dies möglich ist. Nur dort nämlich, wo sich die Wirtschaft freizügig und in voller Verantwortung um ihre gesellschaftliche, um ihre soziale Funktion entfalten kann, gibt es ein Leben in Freiheit. Dieses Leben wollen wir alle unseren Wienern garantieren.

Schließlich dankt Stadtrat Bauer allen seinen Mitarbeitern für ihre mustergültige Arbeit und bittet um Annahme der Ansätze. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Lauscher (KLS) erklärt, daß beim Bäckereibetrieb und auf den Schlachthöfen Fehlinvestitionen vorgenommen wurden, die bei den Schlachthöfen in die Millionen Schilling gehen. Es scheint, sagt er, daß man hier etwas leichtfertig vorgeht, etwas planlos wirtschaftet, Das müsse man aufs schärfste verurteilen.

Seit Jahren, führt er weiter aus, haben die Lohnschlichter in St. Marx Forderungen auf Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gestellt. Vor allem wurde die Anschaffung elektrischer Schlachtwinden verlangt. In den letzten fünf Jahren wurde nur eine angeschafft. Nun plötzlich sieht der Vorschlag die Anschaffung von 84 elektrischen Schlachtwinden vor. Da muß hinter den Kulissen etwas passiert sein. Die Lohnschlichter werden sich wirklich freuen. Aber dabei soll man nicht stehenbleiben. Die Erneuerung und Modernisierung der technischen Einrichtungen soll fortgesetzt werden. Die Arbeitsbedingungen der Häutearbeiter seien ein Skandal, und es müssen Maßnahmen eingeleitet werden, diesen Mißständen ein Ende zu bereiten.

Der Redner wendet sich dem Problem der Versorgung der Bevölkerung durch die Märkte und der Preisgestaltung zu. Er erklärt: Indem man der Volkspartei die Aufgabe übertragen hat, die Konsumenten zu schützen, die Preisüberwachung durchzuführen, hat die Mehrheit dieses Hauses den Bock zum Gärtner gemacht. Wir lehnen jede Preiserhöhung bei Brot und Gebäck ab. Unsere Märkte haben ihre Funktion als Preisregulator eingebüßt, weil die Märkte immer weniger direkt beliefert werden, da sich überall der Zwischenhandel eingeschaltet hat. Die Arbeiterfrau sieht dann, daß die Lücke im Arbeiterhaushalt wieder größer geworden ist. Trotz der Konjunktur muß aber der Arbeiterhaushalt mit jedem Schilling rechnen, wenn man sich auch dauerhafte Konsumgüter anschaffen soll. Die Löhne und Gehälter unserer Arbeiter und Angestellten erlauben keine großen Sprünge. Nach einer Statistik der Wiener Gebietskrankenkasse liegt der Durchschnittsverdienst heute bei etwa 1.600 Schilling monatlich. 80 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger in Österreich beziehen dieses Durchschnittseinkommen.

Dagegen verdient eine relativ kleine Schicht von Großverdienern in Österreich schwer. Die Aktionäre haben die sechszehnfache Valorisierung, nicht aber die Arbeiter und Angestellten. All das zeigt, daß die Arbeiter und Angestellten benachteiligt werden, und daß es notwendig ist, daß die Stadtverwaltung die Bestrebungen dieser Arbeiter und Angestellten nach einem größeren Anteil an der Konjunktur unterstützt.

Deshalb sollte die Verwaltungsgruppe für die Wirtschaftsangelegenheiten energisch gegen die Preistreiber vorgehen. Sie sollte alles tun, damit die Märkte als Preisregulator mehr in Funktion kommen. Das bedeutet, daß Wien mehr Detailmärkte braucht. Die Erzeuger, besonders auch die landwirtschaftlichen Produzenten, müßten ermuntert werden, ihre Waren direkt auf die Märkte zu bringen und ihre Waren zu niedrigen Preisen der Bevölkerung anzubieten.

Schließlich fragt der Redner den Stadtrat, wo der neue Gemüse- und Obstgroßmarkt errichtet werden soll, und erklärt, daß seine Fraktion aus den angeführten Gründen nicht in der Lage ist, dieser Geschäftsgruppe die Zustimmung zu geben.

GR. Peter (FPÖ) meint, daß die Budenmärkte in Wien, die nicht gerade zur Verschönerung unseres Stadtbildes beitragen und vielfach ein Verkehrshindernis geworden sind, endlich verschwinden sollten. Der Redner bedauert die Auflösung des Praterkommissariats. Die zuständige Bezirksvertretung hatte keine Möglichkeit zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Dies ist sehr bedauerlich, denn gerade die Bezirksvertretung soll ja die direkte Verbindung zur Bevölkerung herstellen. Nun war der Prater seit eh und je leider eine Gegend, in der sich viel Gesindel herumgetrieben hat. Die Bevölkerung ist daher wegen der Auflösung des Kommissariats in Unruhe versetzt worden.

GR. Peter setzt sich für die Abschaffung der Getränkesteuer bei alkoholfreien Getränken ein und bedauert, daß es zu wenig Flurwächter gibt, die darauf achten, daß die Ausflügler im Wienerwald die Naturschutzbestimmungen einhalten.

Abschließend erklärt der Redner, daß es sich hier um eine Geschäftsgruppe handelt, bei der es nicht sehr viel zu kritisieren gibt. Er freue sich darüber und könne daher im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu diesem Kapitel geben. ./.

GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) stellt fest, daß nach dem Statistischen Jahrbuch der Arbeiterkammer die ausländischen Waren an Obst und Gemüse nicht immer billiger sind als die inländischen Produkte, sondern in vielen Fällen sogar beträchtlich teurer. Es wäre überhaupt notwendig, daß die Hausfrauen in der Großstadt, vor allem jene Waren kaufen, die gerade in großen Mengen und preiswert auf dem Markt sind.

Mit Genugtuung vermerkt der Redner, daß bei der Land- und Forstwirtschaftsinspektion fast keine Beanstandungen vorgekommen sind. Hingegen bedauert er, daß der Gesetzentwurf für das neue Buschenschankgesetz nicht zufriedenstellend ist. Er hofft, daß es gelingen wird, eine bessere Lösung zu finden. Überhaupt wäre noch eine Reihe anderer landwirtschaftlicher Gesetze für Wien erforderlich.

Wir hatten heuer im August große Unwetterschäden an den Wirtschaftswegen in den landwirtschaftlichen Gebieten. In dankenswerter Weise wurden diese Wege, die damals zerstört oder beschädigt worden sind, rasch wiederhergestellt, sodaß die Einbringung der Ernte klaglos möglich war.

Zur Tätigkeit des Marktamtes äußert GR.Dr.Ing. Hengl den Wunsch, daß man bei der Auswahl der Geschäfte zur Beurteilung der ortsüblichen Preise auch die besser ausgestatteten Geschäfte heranziehen sollte, die wegen ihrer höheren Spesen auch höhere Preise haben müssen.

Der Redner findet dann auch lobende Worte für die Tätigkeit des Veterinärarnotes der Stadt Wien.

Abschließend erklärt GR. Dr.Ing. Hengl, daß es bei dieser Geschäftsgruppe wirklich um eminent wichtige wirtschaftliche Angelegenheiten der Großstadt gehe. Er hoffe, daß die Zusammenarbeit im zuständigen Ausschuß weiterhin so gut sein wird wie bisher. Seine Fraktion stimme den Ansätzen dieses Kapitels zu. (Beifall bei der ÖVP.)

Als nächster Debatteredner sprach GR. Jodlbauer (SPÖ). Er begrüßte einleitend die Durchführung der in den Ansätzen der Verwaltungsgruppe IX für das Jahr 1960 geplanten Arbeiten. Er setzt sich dann mit den von Stadtrat Bauer in seinem Referat vertretenen Formen der freien Wirtschaft auseinander, denen er die Ansichten der Sozialisten gegenüberstellt. Die

Sozialisten stehen nach wie vor zum Grundsatz einer umfassenden demokratischen Freiheit der Wirtschaft bei gerechter Verteilung des Sozialproduktes. Zur ÖVP gewendet bittet er, in Zukunft bei der Betrachtung der sozialistischen Ziele mehr Objektivität walten zu lassen. Im Zusammenhang erinnert er daran, daß bei den Budgetberatungen 1957 im Rathaus die Konjunktur von der ÖVP als ein Alleinverdienst von Raab und Kamitz dahingestellt wurde. Die Sozialisten behaupten, daß an der gegenwärtigen Wirtschaftslage die gesamte Bevölkerung ein Verdienst hat. Er äußert dann einige grundsätzliche Gedanken über den Produzenten und den Käufer, wobei er hervorhebt, daß die Bedarfsdeckung der Konsumenten im Vordergrund stehen müsse. Das entscheidende auf den Märkten müssen Qualität und Preiswürdigkeit sein. Vielfach werde das kaufende Publikum ausgebeutet, was nicht der Sinn unseres Wirtschaftens sein kann. Hinsichtlich Rabatte muß gleiches Recht für alle herrschen. Man müsse dem Käufer dienen und damit die soziale Sicherheit und die soziale Ruhe hüten. Er meint, die gegenwärtige Konjunktur kann nur dann bestehen bleiben, wenn zugleich auch die Sparsicherheit gestützt wird. Für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft sei es von großer Bedeutung, wenn die Konsumenten nach der Qualität, nach den Preisen und im richtigen Kaufmoment einkaufen werden können. Bei der heutigen Situation können die Konsumenten nicht immer die Preiswürdigkeit erkennen und den Kaufmoment erfassen. Er begrüßt daher die Einrichtung der Konsumentenberatung, und meint, in Wien müßten in dieser Hinsicht alle Kräfte, auch die der Privatwirtschaft, zusammenarbeiten. Den Hausfrauen, die jährlich 60 Milliarden Schilling unseres Volkseinkommens ausgeben, könnten so neue Wege gezeigt werden. Wenn sie nur ein Prozent davon ersparen, haben wir in Österreich 60 Millionen Schilling erspart und den Hausfrauen geholfen, den Lebensstandard ihrer Familien zu erhöhen. Denn bei Lohn- und Gehaltserhöhungen, sagt der Redner, haben meistens nur einige Gruppen etwas davon, bei einer Verbilligung der Marktprodukte profitiert die Gesamtheit.

Er beschäftigt sich dann mit der vieldiskutierten Frage der Einkaufszentren und mit den Beweggründen, aus denen eine solche Marktform propagiert wird.

Er glaubt, man müsse diesem Problem mehr Aufmerksamkeit schenken, um herauszubekommen ob Einkaufszentren für Wien brauchbar sind. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat sich bereits mit der Seite der Finanzierung und der Rentabilität solcher Märkte beschäftigt und ist im Besitz von Gutachten des Institutes für Raumplanung und des Institutes für Welthandel. In den Gutachten wird die Errichtung eines Verkaufszentrums in Hietzing befürwortet. Der Redner bezeichnet es als interessant, daß sich bei einer Befragung der Hietzinger Geschäftsleute gezeigt hat, daß von 54 befragten Geschäftsinhabern nur zehn Prozent gegen die Errichtung eines solchen modernen Verkaufszentrums sind. Was an Kritik der Sauberkeit unserer Märkte von Seiten der FPÖ vorgebracht wurde, verweist GR. Jodlbauer auf gewisse Bestrebungen, unsere Märkte zu diskreditieren, wobei auch der Gedanke eine Rolle spielen dürfte, die Notwendigkeit von Supermärkten hervorzuheben. Er meint, man sollte im Gemeinderat solche Tendenzen nicht unterstützen. Am Schluß seiner Ausführungen dankt GR. Jodlbauer allen in den Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe X tätigen Beamten für ihre aufopfernde Arbeit. Seine Fraktion wird den Ansätzen die Zustimmung erteilen.

Stadtrat Bauer kommt in seinem Schlußwort auf die Kritik von GR. Lauscher zu sprechen. Dieser bemängelte, daß in der Bäckerei 1957 ein Kessel errichtet wurde, der jetzt bereits ausgewechselt wurde. Dazu ist zu sagen, daß dieser Hochdruckkessel im Jahre 1957 errichtet werden mußte, da ein alter vollkommen unbrauchbar geworden war. Man wußte damals zwar schon, daß die Bäckerei umgebaut werden würde, hatte jedoch räumlich nicht die Möglichkeit dazu. Zur Kritik an den Schlachthöfen ist zu sagen, daß gerade in St. Marx viel geschehen ist. Die Schlachthöfe waren leider durch den Krieg in einem schrecklichen Zustand. Für die Markthelfer wurde eine neue Garderobe eingerichtet, für die Lohnschlächter wurden eine Reihe von Verbesserungen durchgesetzt und es gebe Räume, in denen die Beschäftigten ihr Essen einnehmen können. Daß in der Kälberhalle Autos eingestellt werden, liege daran, daß heute fast keine lebenden Kälber mehr nach St. Marx kommen. Für das Einstellen der Autos werde jedoch bezahlt.

Im übrigen wird diese Halle wieder einmal einer zweckentsprechenden Verwendung zugeführt werden. Wenn die Lohnschlächter auch keine leichte Arbeit haben, so könne man doch keineswegs von unmöglichen Arbeitsbedingungen sprechen. Es kommen pro Tag auf einen Lohnschlächter durchschnittlich zwei Rinder. Auch die Preisentwicklung sei nicht so, wie GR. Lauscher sie dargestellt habe. Es gebe wohl gewisse Spitzenzeiten, doch seien nach den amtlichen Statistiken die Preise im allgemeinen stabil geblieben. Über die Milchausgleichfonds und ob Brot und Milch teurer werden sollen, erübrige es sich hier zu debattieren, da der Gemeinderat hierfür nicht zuständig ist. Dasselbe gelte bezüglich der Auflassung des Praterkommissariats, der Hagelversicherung usw. Dem Verlangen, Straßenstände für Bauern zu bewilligen, könne gleichfalls nicht entsprochen werden, da es für diese Waren dann keine Kontrolle bezüglich Qualität und Preis gäbe. Wir haben aber Landparteienmärkte, auf denen diese Überwachung im Interesse der Bevölkerung erfolgt. Zur Kritik an den Märkten ist zu sagen, daß sich die Stadtverwaltung ehrlich bemühe, die Märkte besser auszugestalten. Als Beispiel kann man den Dornermarkt im 17. Bezirk nehmen. Es sei jedoch nicht immer leicht, mit den Besitzern der Marktstände übereinzukommen. Alle Neuerungen können jedoch nur im Einvernehmen mit den Standinhabern durchgeführt werden. Der Referent vertritt die Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, durch die Gemeinde Wien Marktstände zu errichten und diese an sogenannte Bestandnehmer zu vergeben.

Bezüglich Cobenzl müssen die Rechtsverhältnisse er geklärt werden. Die Gemeinde wird jedoch so bald sie die Möglichkeit dazu hat, diesen Schandfleck beseitigen.

StR. Bauer kommt sodann auf die Marktversorgung zu sprechen und stellt fest, daß die ausländische Ware vielfach zu einer Erhöhung der Inlandpreise führe. Er tritt dafür ein, nur so viel zu importieren, als unbedingt notwendig ist. Auf dem Gebiete der Fleischversorgung bestehe die Schwierigkeit, daß Schmalz heute fast nicht mehr anzubringen ist. Diese Tatsache wirke sich selbstverständlich auf dem Fleischpreis aus. Speck ist heute vielfach um die Hälfte billiger als vor einigen Jahren.

Der Buschenschankentwurf kann nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gemacht werden. Ob es möglich ist, diesen Entwurf abzuändern, werden die Verhandlungen ergeben. Es sollen selbstverständlich alle Interessenvertreter hierbei zu Worte kommen und ihre Wünsche so weit wie möglich berücksichtigt werden. Bezüglich der Flächenwidmung hat der Stadtplaner großes Verständnis gezeigt und man kann überzeugt sein, daß diese landwirtschaftlichen Schutzgebiete geschaffen werden. Dem Verlangen, die Konsumentenberatung zu unterstützen, wurde bereits inoffiziell Rechnung getragen. Es müßten jedoch auch die Volkshochschulen hier beratend eingreifen und Vorträge für die Hausfrauen halten.

Abschließend dankt StR. Bauer allen Ausschußmitgliedern für ihre vorbildliche Tätigkeit. Es habe in der abgelaufenen Periode keine Differenzen gegeben und es wurde sachlich zusammengearbeitet. Er bittet den Ansätzen die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der KLS angenommen.

- - -

11. Hauptstück: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

=====

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte über die Gruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten". Wie er ausführte, sind im Voranschlag für das Jahr 1960 258,459.900 Schilling vorgesehen. Das bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1959 von 70,9 Millionen. Die Stadt Wien hatte bisher einen Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei von 20 Schilling je Kopf der Bevölkerung zu leisten. Auf Grund des neuen Finanzausgleichs, der für fünf Jahre abgeschlossen wurde, hat Wien einen Betrag von 60 Schilling je Kopf der Bevölkerung als Bundespolizei-Beitrag zu bezahlen.

In der Magistratsabteilung 61, Bevölkerungswesen, wurden vom 1. Jänner bis 30. November 115.373 Staatsbürgerschaftsnachweise und Heimatrollenauszüge ausgestellt. Die Zahl der Eheschließungen betrug in den ersten elf Monaten 12.317, die der Geburten 17.829 und die Anzahl der Sterbefälle 23.652. Untersucht man nun diese Zahlen, so kommt man zu folgendem erfreulichen Resultat, Die Zahl der Eheschließungen hat gegenüber 1954 um 638 oder 5.5 Prozent zugenommen, die der Geburten um 5.206 oder 41.2 Prozent und die der Sterbefälle um 6.371 oder 2.8 Prozent. Damit ist der Beweis erbracht, daß Wien nicht nur auf wirtschaftlichem Sektor sondern auch auf bevölkerungspolitischem Gebiet eine aufwärtsstrebende Stadt ist.

Das wichtigste Aufgabengebiet der Magistratsabteilung 62, Wahlen, Polizeiwesen, Verschiedenes, ist die Durchführung von Wahlen und die Führung ständiger Wählerverzeichnisse. Heuer waren zwei Wahlen, die Nationalratswahl am 10. Mai und die Gemeinderatswahlen am 25. Oktober, durchzuführen. Obwohl das ständige Wählerverzeichnis am 1. Februar vorschriftsmäßig für zehn Tage zur öffentlichen Einsicht aufgelegt worden ist, war es dennoch notwendig, durch ein Sondergesetz eine neuerliche Auflegung am 15. April für fünf Tage anzuordnen, weil die Wählerschaft erst vor Wahlen auf breiterer Basis das notwendige Interesse zeigt, in die Stimmliste auch wirklich Einsicht zu nehmen.

Dieses geringe Interesse der Wahlberechtigten war auch der Grund dafür, daß das Bundesministerium für Inneres eine Wählerevidenz ausgearbeitet hat, die an Stelle des Stimmlistengesetzes treten soll. In diesem neuen Gesetzentwurf wird von der Auflegung der Stimmlisten im Februar jeden Jahres Abstand genommen und die Führung der Wählerevidenz in Karteiform vorgesehen.

Da die bisherige Stimmliste in Wien und in den meisten anderen größeren Gemeinden schon jetzt in Karteiform geführt wird, kann sie auch im Sinne des neuen Gesetzes als Wählerevidenz gelten. Der Entwurf des neuen Gesetzes sieht auch eine ständige Reklamationsmöglichkeit durch die Wahlberechtigten vor.

Die polizeilichen Angelegenheiten sind zum größten Teil Agenden, die für den Sicherheitsdirektor besorgt werden, nämlich Vereinsangelegenheiten und Entscheidungen über Berufungen in Polizeisachen. Seit 1. Jänner 1959 wurden 345 Vereinsanmeldungen, 316 Statutenänderungen und 287 freiwillige Vereinsauflösungen behandelt, in elf Fällen wurde die Vereinsbildung oder Vereinsumbildung untersagt. 47 Vereine wurden behördlich aufgelöst.

Das Jahr 1959 brachte auf dem Gebiet des Gewerbewesens für die Magistratsabteilung 63 keine bedeutsamen Änderungen. Dennoch verdienen einige Tatsachen eine nähere Erläuterung. In einigen Tagen wird im Landesgesetzblatt eine Verordnung des Landeshauptmannes über den Kleinverkauf von Waren auf Campingplätzen an Sonn- und Feiertagen kundgemacht werden. Damit wird im Interesse des Fremdenverkehrs auch an gesetzlichen Ruhetagen die Versorgung der Gäste mit Lebensmitteln und sonstigen Artikeln durch die auf Campingplätzen befindlichen Kleinhandelsbetriebe möglich sein. Ferner wird eine Verordnung des Landeshauptmannes folgende Regelung treffen: wenn in der kalten Jahreszeit, vom 1. Oktober bis 24. April, zwei oder drei gesetzliche Ruhetage aufeinanderfolgen, ist am zweiten Ruhetag der Verkauf von Milch und flüssigen Milchprodukten in der Zeit von 7 bis 9 Uhr früh zulässig.

In der Zeit vom 1. Dezember bis 30. November wurden 723 freie Gewerbe, 3.467 gebundene Gewerbe, 1.231 handwerksmäßige

Gewerbe und 1.161 konzessionierte Gewerbe, somit insgesamt 6.582 neue Berechtigungen im Gewerberegister verzeichnet. In dem gleichen Zeitraum wurden 908 freie Gewerbe, 3.867 gebundene Gewerbe, 2.354 handwerksmäßige Gewerbe und 1.059 konzessionierte Gewerbe, somit insgesamt 8.188 Berechtigungen gelöscht. Die Zahl der neuen Gewerbeberechtigungen ist im Berichtsjahr um zwei Prozent, die Zahl der Gewerbebeendigungen um 12 Prozent niedriger als im Vorjahr.

In der konstituierenden Sitzung des Wiener Landtages hat Landtagspräsident Marek die Vorbereitung einer tauglichen Rechtsgrundlage für Umlegungen und Kommassierungen im Bauland sowie die Schaffung eines neuen Straßenverwaltungsgesetzes und eines neuen Wiener Elektrizitätsgesetzes als besonders dringlich hervorgehoben. Ich darf dazu berichten, daß die hierfür notwendigen Vorarbeiten von der Magistratsabteilung 64 bereits eingeleitet wurden.

Magistratsabteilung 65, Grundtransaktionen und Zivilrechtsangelegenheiten: Im Voranschlag für das Jahr 1960 sind für Grunderwerbungen 70 Millionen Schilling vorgesehen. Mit den für das laufende Jahr präliminierten 70 Millionen konnte das Auslangen nicht gefunden werden. Es wurde im Oktober dieses Jahres ein Zuschußkredit in der Höhe von 25 Millionen benötigt und auch genehmigt. Der Gesamtkredit für das Jahr 1959 ergab demnach einen Betrag von 95 Millionen. Bis zum 10. Dezember wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaß von 1,081.977 Quadratmetern um den Gesamtkaufpreis von 82,9 Millionen erworben. In den meisten Wiener Gemeindebezirken wurden Grundflächen in beträchtlichem Ausmaß erworben. In erster Linie waren es Baugründe, die zur Bëbauung im Rahmen des städtischen Wohnbauprogrammes in Betracht kommen. Da jedoch die Gründe meist nicht bestandfrei sind und vor ihrer widmungsgemäßen Verwendung freigemacht werden müssen, ergibt sich wiederholt die Notwendigkeit der Beschaffung von Ersatzgrundstücken. Zur Absiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben und von Kleingärtnern werden geeignete Grundflächen größeren Ausmaßes benötigt, für deren Beschaffung gesorgt werden muß.

./.

Die Grunderwerbungen in den städtischen Assanierungsgebieten schreiten fort, stoßen aber immer wieder auf beträchtliche Schwierigkeiten. Es handelt sich bei den zu erwerbenden Objekten oft um Liegenschaften, die in Eigenbenützung des Eigentümers stehen und für gewerbliche Zwecke genutzt werden, weshalb mit der Erwerbung auch langwierige Absiedlungs- und Freimachungsverhandlungen verbunden sind. Manche Grundeigentümer sind überhaupt nicht verkaufsbereit oder trachten, aus der im öffentlichen Interesse liegenden Assanierung einen unangemessenen hohen Gewinn für sich zu erzielen. Hier macht sich immer wieder der Mangel eines modernen Assanierungsgesetzes empfindlich bemerkbar. Neben der Erwerbung von Grundstücken für die Bauvorhaben der Stadt Wien werden Baugrundstücke zum Zwecke der Vergebung im Baurecht an gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften erworben. Auch Baugrundstücke im Industriegebiet werden zum Zwecke der Weiterveräußerung an Industrieunternehmen oder Gewerbebetriebe im Zuge der Industrieförderung gekauft. Auch die Grundbeschaffung für die anderen öffentlich rechtlichen Aufgaben der Wiener Stadtverwaltung wurden nicht vernachlässigt. Im Zusammenwirken mit der Stadtplanung erfolgten umfangreiche Grundkäufe zur Schaffung von Kulturzentren, zur Durchführung der Verkehrsplanung, für Straßenneubauten und Straßenregulierungen, zur Regulierung von Wasserläufen, zur Schaffung von Gartenanlagen, zur Errichtung von Schulen, Sport- und Spielplätzen, zu Friedhofserweiterungen und nicht zuletzt zum Schutze des Wald- und Wiesengürtels und für vieles andere mehr.

Der Bevölkerungsstand am 1. Jänner 1959 betrug 1,649.311, am 31. Oktober 1,663.077, was eine Zunahme von 14.746 oder 0.8 Prozent ergibt. Der Wanderungsüberschuß, resultierend aus Zu- und Abwanderungen, beträgt 22.119 oder 13.4 Prozent. Das ergibt gegenüber dem Vorjahr ein Plus. Interessant ist die Betrachtung der Zahlen der Arbeitnehmer dieser Stadt. Unselbständig beschäftigt sind 761.337. Das ergibt gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 14.450 oder 1.9 Prozent. Davon sind 427.423 Arbeiter und 333.914 Angestellte. Interessant ist, daß die Zunahme bei den Angestellten mit 2.7 Prozent stärker ist als die bei den Arbeitern mit 1.3 Prozent.

Eine der Hauptarbeiten des Statistischen Amtes der Stadt Wien, Magistratsabteilung 66, ist die Herstellung des Jahrbuches der Stadt Wien. Das jeweils erscheinende Jahrbuch wird vor Beginn der Budgetdebatte der Öffentlichkeit übergeben. Die periodischen Druckwerke, das sind die "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung" und "Das Statistische Taschenbuch", erfreuen sich eines allgemeinen Ansehens. Für die im Jahre 1961 durchzuführende Volkszählung sind jetzt schon umfangreiche Vorarbeiten zu leisten.

Die Verkehrsangelegenheiten fallen in rechtlicher Hinsicht in den Aufgabenkreis der Magistratsabteilung 70. Die zunehmende Motorisierung war ein Grund dafür, daß neue Wege zur Regelung des Verkehrsproblems gefunden werden mußten. Es kam daher im Jahre 1959 zur Einführung der Kurzparkzonen in bestimmten Teilen des ersten Wiener Gemeindebezirkes, wobei auf das bewährte Vorbild der Pariser "blauen Zone" zurückgegriffen wurde. Allerdings wurde für Wien eine eigene Parkscheibe vorgesehen, vom Stadtbauamtsdirektor Prof. Dr. Pecht entworfen. Sie weist gegenüber der in Paris und Salzburg verwendeten Parkscheibe den großen Vorzug auf, daß sie dank ihrer uhrenförmigen Form auch aus großer Entfernung eine leichte Kontrolle ermöglicht. Die zweite Maßnahme ist die mit 1. Jänner 1959 erfolgte Einführung des Parkverbotes auf allen Fahrbahnen mit Straßenbahngleisen. Beide Maßnahmen haben sich nach Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten ausgezeichnet bewährt und man könnte sich den Wiener Verkehr ohne diese Regelung nicht mehr vorstellen. Besonders durch das Parkverbot auf Schienenstraßen konnte eine bedeutende Verflüssigung des Verkehrs und eine Erhöhung der Sicherheit auf diesen Straßen, die vor allem auch dem Fußgänger zugute kommt, erreicht werden. Der Verfassungsgerichtshof hat allerdings mit Erkenntnis vom Oktober 1959 das Wiener Schienenparkverbot als gesetzwidrig aufgehoben und für das Außerkrafttreten der Verordnung eine Frist bis zum 15. April 1960 gewährt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird eine Verordnung ausgearbeitet werden, die unter Berücksichtigung der Rechtsansicht des Verfassungsgerichtshofes das Parkverbot in jenen Straßen anordnet, wo durch das Parkverbot einer Behinderung des Verkehrs vorgebeugt wird. Die Rechtsansicht des

Verfassungsgerichtshofes bedeutet, daß auch die bestehenden Ladezonen und die sogenannten Privatparkplätze, das sind Parkplätze zugunsten diplomatischer Vertretungen, Behörden, Fluggesellschaften und sonstiger Organisationen, auf ihre Gesetzmäßigkeit überprüft werden müssen. Eine Kommission des Magistrates, der auch die Vertreter der Bundespolizeidirektion Wien und der Interessenvertretungen beigezogen werden, wird alle bestehenden Halte- und Parkverbote gewissenhaft überprüfen und solche, die mit dem Gesetz nicht in Einklang stehen, der Wiener Landesregierung zur Aufhebung vorschlagen. Außerdem ergibt sich aus dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, daß sämtliche Halte- und Parkverbote schriftlich kundgemacht werden müssen, was eine weitere Arbeitsvermehrung bedeutet. Die Anordnung neuer Verkehrsbeschränkungen verursacht zusätzliche Arbeit auf dem Strafssektor, weil der Zweck solcher Maßnahmen nur dann erreicht wird, wenn Übertretungen entsprechend geahndet werden.

Für die Feuerwehr der Stadt Wien sind für das Jahr 1960 82,9 Millionen Schilling vorgesehen. Von diesem Ansatz entfallen auf den Personalaufwand 68,6 Millionen und auf den Sachaufwand 14,3 Millionen Schilling. Für die technische Ausgestaltung der Feuerwehr ist ein Betrag von 2,6 Millionen Schilling bereitgestellt. Am 10. Februar 1959 wurde die neuerrichtete Feuerwache Weidlingau mit zwei Löschfahrzeugen (Tanklöschwagen und Pumpenwagen) und einer Löschgruppe besetzt. Gleichzeitig wurde die Feuerwache St. Veit aufgelassen. Im September 1959 wurde die wiederaufgebaute Hauptfeuerwache Döbling von Herrn Bürgermeister ihrer Bestimmung übergeben. Mit der Fertigstellung dieses modernen, für den feuerwehrtechnischen Dienst besonders ausgestatteten Feuerwehrgebäudes ist die Behebung der Kriegsschäden abgeschlossen. Nach Aufnahme des vollen Dienstbetriebes in der neuen Hauptfeuerwache Döbling ist, ohne Beeinträchtigung des Brandschutzes, die Auflassung der Feuerwache Nußdorf möglich geworden.

Für das Jahr 1960 ist die Anschaffung von zwei Löschfahrzeugen, eines Kommandantenwagens, eines Inspektionsrauchfangkehrerwagens und eines Drehleitersatzes mit 30 Meter Steighöhe vorgesehen. Außerdem sollen verschiedene kleinere Ausrüstungsstücke angeschafft werden. In den Hauptfeuerwachen Mariahilf und Floridsdorf sowie der Feuerwache Steinhof sind für das Jahr 1960 umfangreiche Adaptierungs- und Instandsetzungsarbeiten vorgesehen. Der Personalstand der Feuerwehr in der Zeit vom 1. November 1958 bis 31. Oktober 1959 betrug 1.242 Mann, die zu sieben Großbränden, 62 Mittelbränden, 1.322 Kleinbränden und zu 79 Rauchfangbränden ausgerückt sind. Die Zahl der Ausrückungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 145 erhöht. Die Ausrückung durch Fehlanzeigen erfolgte 226mal und hat sich damit um 40 gegenüber dem Vorjahr verringert. Die Summe der Alarmfälle beträgt 6.204 gegenüber 5.463 im Vorjahr.

Die Pressestelle der Stadt Wien hat für das kommende Jahr Einnahmen in Höhe von 2,229.800 Schilling und Ausgaben in Höhe von 2,124.300 Schilling eingesetzt. Hiezu kommen noch der anteilige Personalaufwand und der Sachaufwand. Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint täglich dreimal. Die Meldungen werden dem Verteilerbüro der Börse zugestellt. Das "Amtsblatt der Stadt Wien" erscheint wöchentlich zweimal, mit durchschnittlich 19 Seiten pro Nummer. Die Auflage für das kommende Jahr wird mit durchschnittlich 4.350 Stück angenommen. Davon sind mehr als 2.200 zahlende Abonnenten, was eine Erhöhung um rund 100 gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Das "Landesgesetzblatt für Wien" hat eine Auflage von 1.700 Stück. Sein Umfang läßt sich nicht bestimmen, weil er von der Zahl und dem Umfang der zu beschließenden Gesetze abhängig ist. Die Auflage des "Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers" wird für das nächste Jahr mit 4.380 Stück angenommen. Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird im kommenden Jahr im bisherigen Rahmen seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse sowie die 52, zumeist an Magistratischen Bezirksämtern angebrachten Bilderkästen, mit aktuellen Fotos versorgen.

Im Jahre 1959 fanden aus Anlaß von 20 Kongressen, von 36 Internationalen Tagungen und 65 verschiedenen anderen Anlässen 121 Empfänge statt. Die Zahl der Gäste, die an diesen Empfängen teilnahmen, erreichte 17.170 Personen, darunter 11.517 Ausländer. Bei Führungen, Pressekonferenzen, Exkursionen, wurden außerdem noch 1.327 Personen bewirtet.

Besondere Vorbereitungsarbeiten sind dem Präsidialbüro anläßlich der Überreichung des Europa-Preises an die Stadt Wien am 27. Mai 1959 sowie die Vorbereitung der Europa-Gespräche im gleichen Jahr entstanden. Als bedeutsamstes Ereignis des vergangenen Jahres darf das Jubiläum "40 Jahre dänische Kinderaktion" bezeichnet werden. 1.600 dänische Pflegeeltern waren am 15. September 1959 im Festsaal des Rathauses gleichzeitig Gäste des Bürgermeisters. Außerdem wurden vom Präsidialdienst 41 Gruppen in- und ausländischer Sportler, Studenten und Wissenschaftler betreut, die vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter begrüßt wurden. Die Teilnehmerzahl betrug 2.775. Im Rahmen der Aktion "Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt Wien kennen" machten 19.500 Schüler Rundfahrten durch Wien. 28.730 Personen, davon 16.880 Schüler, besichtigten das Wiener Rathaus. An die Gäste Wiens wurden 15.500 Bücher und andere kunstgewerbliche Gegenstände überreicht.

Das Stenographenbüro besorgte im vergangenen Jahr die stenographische Aufnahme von sechs Sitzungen des Landtages sowie 11 Sitzungen des Gemeinderates, in der Gesamtdauer von 77 Stunden, wovon die Beratungen des Voranschlages 1959 allein 49 Stunden und 55 Minuten in Anspruch nahmen. Außerdem besorgte das Stenographenbüro verschiedene Sonderaufnahmen.

Abschließend dankt Stadtrat Sigmund den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses XI für ihre tatkräftige und sachliche Mitarbeit im Rahmen der Verwaltungsgruppe und allen Beamten, Mitarbeitern und Feuerwehrmännern für ihre verständnisvolle und pflichtbewußte Zusammenarbeit (Beifall). Den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XI des Voranschlages für das Jahr 1960 bittet der Referent anzunehmen.

./.

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (KLS) unterstreicht die Bedeutung der Bezirksvertretungen und vertritt die Meinung, daß dieser Körperschaft zu wenig Möglichkeit gegeben wird, auf breiter Basis die Probleme des städtischen Lebens zu diskutieren. Darum wäre die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen zu novellieren. Der Redner kritisiert dann die Führung der Stimmlisten und bittet, in Zukunft mehr Sorgfalt darauf zu verwenden. Gegenüber der Behauptung, daß seiner Fraktion mit dem Wahlgesetz etwas geschenkt worden wäre, vertritt er die Meinung, daß die Forderung nach einer gleichen Verteilung der Stimmen berechtigt ist, wenn man von einem gleichen Wahlrecht spricht.

Er bemängelt, daß die Volkspartei die Möglichkeit eines Vetos gegen Enteignungen hat, und erklärt, daß es auf die Dauer nicht möglich sei, Millionen von Schillingen auszugeben, damit sich einige Profitjäger einen Verdienst schaffen. Es wäre an der Zeit, der Bodenspekulation einen Riegel entgegenzusetzen. GR. Hausner bringt einen Antrag ein, nach dem der Stadtrat dieser Verwaltungsgruppe beauftragt werden soll, ehebaldigst den Entwurf eines den Wiener Verhältnissen entsprechenden Bodenbeschaffungsgesetzes vorzulegen. Nach der Beratung dieses Entwurfes soll er an alle in Wien gewählten Nationalräte ausgesendet und der Wiener Stadtsenat beauftragt werden, bei der Bundesregierung auf die rasche Verabschiedung dieses Gesetzes im Parlament zu dringen.

Weiter spricht sich der Redner dafür aus, die Feuerlöschbrunnen jederzeit einsatzbereit zu halten.

Der Redner stellt mit Befriedigung fest, daß verschiedene Wünsche der Feuerwehr der Stadt Wien in den letzten Jahren erfüllt wurden. Er hoffe, daß auch die noch offenen Fragen so gelöst werden, daß die Mannschaft zufriedengestellt wird. Der Personalstand ist noch immer unter dem normierten Stand: es fehlen 64 Bedienstete. Der Redner führt dann noch einige andere Mängel bei der Feuerwehr an, gibt jedoch im übrigen seine Zustimmung zu den Ansätzen des 11. Hauptstückes.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) sprach zuerst zur Frage der Bezirksvertretungen, die seiner Ansicht nach nicht in die Verwaltungsgruppe XI gehören, weil die Bezirksräte gewählte Mandatare sind. Die Stellung der Bezirksräte sollte in der Verfassung der Stadt Wien neu verankert werden.

Bezüglich der Handhabung der Gewerbeordnung verweist der Redner auf verschiedene Probleme im Zusammenhang mit der Genehmigung von Betriebsanlagen und bringt dann noch einige kleinere Anregungen und Beschwerden vor.

Der Beitrag der Stadt Wien für die Bundespolizei wurde erhöht; er hoffe, daß sich nun auch die Sicherheitsverhältnisse in Wien bessern werden.

Die ständig steigende Motorisierung ist ein großes Problem in Wien. Er sei aber nicht der Meinung, daß sich alle Verkehrsverbote und sonstigen behördlichen Maßnahmen wirklich bewährt haben. Bei allen Verordnungen und Verboten müsse ein eindeutige Rechtslage bestehen. Dies ist, wie das letzte Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes gezeigt hat, nicht der Fall. Es wäre auch zu überprüfen, ob eine rechtliche Möglichkeit für die Lärmbekämpfung vorhanden ist.

Abschließend gibt Dr. Broesigke die Zustimmung seiner Fraktion zu dieser Geschäftsgruppe.

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) weist zunächst darauf hin, daß auf Grund der Parteienverhandlungen im Wiener Rathaus eine Abteilung dieser Verwaltungsgruppe eine wesentliche Vergrößerung ihres Aufgabenbereiches erfahren hat. Er kommt dann auf die Wahl zu sprechen und hebt hervor, daß am 10. Mai 108.000 Wahlberechtigte nicht gewählt haben, während die Zahl der Nichtwähler am 25. Oktober 190.000 betrug. Sicher ist ein Teil der Nichtwähler am 25. Oktober absichtlich nicht zur Wahlurne gegangen. Aber es dürfte auch viele Leute gegeben haben, die verhindert gewesen sind, wählen zu gehen. Der Redner regt daher neuerlich die Briefwahl an, die nach einer Erklärung des verstorbenen Vizebürgermeisters Honay, für die Sozialisten keine politische Frage darstellt. Die seinerzeitige Ablehnung des Vorschlages der Volkspartei basiert auf verfassungsrechtlichen Bedenken. In der Zwischenzeit habe er, führte GR. Dr. Fiedler aus, den damaligen Antrag der ÖVP durch den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes überprüfen lassen. Dabei wurde festgestellt, daß der Antrag eine durchaus brauchbare Basis für weitere Verhandlungen darstellt. Der Redner kündigt daher für eine der nächsten Landtagssitzungen einen neuerlichen Antrag seiner Fraktion an. Auch bezüglich der Wahlzeit wären Korrekturen günstig. Dr. Fiedler schlägt eine Erweiterung bis 21 Uhr vor.

GR. Dr. Fiedler verweist dann auf den oft uneinheitlichen Vorgang bei den Vorbereitungen der Landesgesetze. Als das wichtigste Landesgesetz, das im Landtag zu beschließen wäre, nennt er eine neue Verfassung der Stadt Wien. Die jetzige ist schon 30 Jahre alt und sollte umgearbeitet werden. Er regt im Zusammenhang die Einberufung einer Enquete an, die sich mit der Neufassung der Wiener Verfassung beschäftigen soll.

Im Sektor der Gewerbeordnung bezeichnete er die Intensivierung der Bekämpfung des Pfuscherwesens als eine weitere Notwendigkeit. Für seine Fraktion möchte er festhalten, daß sich die diesbezüglichen Maßnahmen vor allem gegen Pfuscher richten sollten, die ihre die Gewerbetreibenden schädigende Tätigkeit ständig ausüben. Er beschäftigt sich dann kurz mit der Erweiterung der Obliegenheiten der Magistratsabteilung 65 und erinnert daran, daß diesem Amt bereits 1954 die Erwerbung der Liegenschaften durch Kauf und Tausch überwiesen wurde. Die Mehrheit des Gemeinderates, sagt er, hat sich dadurch praktisch die Entscheidung über alle Grunderwerbungen zugesprochen. Der Redner stellt die Frage, ob ein solcher Vorgang im Hinblick auf die Verantwortung und die Kontrolle als nützlich angesehen werden kann. Er richtet an den Stadtrat die Bitte, das Floridsdorfer Realgymnasium beim Erwerb eines Grundstückes für die Errichtung eines Schulgebäudes wohlwollend zu unterstützen. Er regt ferner an, im Sinne der Verwaltungsvereinfachung die Kompetenzen bei der Erteilung von Konzessionen für Tankstellen bei der Baupolizei zu vereinen. GR. Dr. Fiedler begrüßt, daß nun der Ausbau bei der Feuerwehr abgeschlossen wurde. Nun müßte der Ausrüstung das Augenmerk zugewendet werden, wobei die neueste Standardisierung der Löschgeräte zu berücksichtigen wäre. Die Aufgaben der Feuerwehr, sagt er, sind nicht mehr in erster Linie die Brandbekämpfung, sondern der Einsatz bei Naturkatastrophen. Er stellt fest, daß die Feuerwehr erst im vergangenen Sommer bei der Unwetterkatastrophe in Döbling und Sievering großartige Leistungen vollbracht habe. Er spricht ihr dafür den Dank aus.

Er kommt dann auf die Verkehrsprobleme Wiens zu sprechen und stellt fest, daß 1959 auf dem Sektor des Verkehrs Maßnahmen entscheidender Natur getroffen wurden. Vom Verfassungsgerichtshof wurden allerdings einige dieser Maßnahmen, so das Schienenparkverbot als nicht mit dem Gesetz in Einklang stehend erklärt.

Beim Schienenparkverbot, sagt er weiter, wurde nicht auf die wirtschaftliche Notwendigkeiten einiger Wirtschaftszweige Rücksicht genommen und auch bei der Einhebung von Strafmandaten wird nicht überall einheitlich vorgegangen. Der Redner gibt zu, daß durch das Schienenparkverbot die Verflüssigung des Verkehrs eingetreten ist, bemängelt aber, daß Wirtschaftstreibenden dadurch Schaden zugefügt wurde. Er stellt dann fest, daß es auf öffentlichem Grund keine Privatparkplätze und somit auch keine privatrechtlichen Vorteile geben kann. Er begrüßt die Einführung der Kurzparkzone anstatt der Parkometer und glaubt, daß auch im Bereich der unteren Mariahilfer Straße demnächst eine Kurzparkzone eingeführt werden müßte. Ebenso begrüßt er es, daß der amtsführende Stadtrat erst vor kurzem die Presse über wichtige Verkehrsfragen informiert hat.

Zum Schluß kommt er noch auf die Bezirksvertretungen zu sprechen und tritt für die Erweiterung ihrer Befugnisse ein. Bisher mußten die Bezirksräte bei Lokalausweisverfahren und anderen Verpflichtungen viel zeitraubende Arbeit leisten, und er finde daher ihre Kritiken als verständlich. Er glaube auch, es müßte mehr als bisher darauf Wert gelegt werden, daß die Bezirksvorsteher in Belangen ihrer Bezirke auch im Gemeinderat das Wort ergreifen. Dadurch würde auch die Bedeutung der gewählten Bezirksvertretungen unterstrichen werden. GR. Dr. Fiedler erklärte abschließend, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe XI die Zustimmung erteilen wird.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) stellt fest, daß in der Geschäftsgruppe XI Ausgaben in der Höhe von rund 238,5 Millionen Schilling veranschlagt sind. Durch den Finanzausgleich muß die Stadt Wien nunmehr zu den Kosten der Bundespolizei, statt wie bisher 20 Schilling pro Kopf der Bevölkerung, 60 Schilling beitragen. Nachdem seine Fraktion dem Finanzausgleich zugestimmt habe, müsse sie auch diese Mehrausgabe im Interesse der Wiener Bevölkerung auf sich nehmen. Er könne die Meinung des FPÖ-GR. Dr. Broesigke nicht teilen, daß die Sicherheitsverhältnisse Wiens im argen liegen. Es werden nur vielfach einzelne Fälle von der Presse riesig ausgeweitet. Gerade die Bewohner der Randbezirke Wiens wissen, daß es von ungeheurem Vorteil war, daß bei der Bundespolizei ein Streifendienst eingeführt wurde. ./.

Viel wurde auch über die Feuerwehr gesprochen. Die Erhöhung des Personalstandes wird dazu führen, die Schlagkraft der Feuerwehr noch zu vergrößern. Es wird sich auch der weitere Ausbau einiger Feuerwachen notwendig erweisen, so zum Beispiel im Gebiete des Ölhafens, des Winterhafens usw. und im Süden unserer Stadt, verursacht durch die Ausweitung der Industriegebiete, der Schaffung des Eisenstadtplatzes, der Erweiterung der Per Albin Hansson-Siedlung usw. Auch die Industrie schätzt die Schlagkraft unserer Feuerwehr besonders hoch ein. Industriebetriebe außerhalb Wiens schließen vielfach Verträge mit der Wiener Feuerwehr zwecks Hilfeleistung in Katastrophenfällen ab. Die Ansätze für die Feuerwehr in der Höhe von 82 Millionen Schilling sind also absolut gerechtfertigt.

Für Grundtransaktionen sind 70,5 Millionen Schilling angesetzt. Diesem Problem kommt große Bedeutung zu, hängt doch der soziale Wohnungsbau von der ausreichenden Baulandbeschaffung ab. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für die Beschließung eines Baulandbeschaffungsgesetzes ein. Auch die Baugenossenschaften leiden unter der Not an Bauland. Zu diesem Zweck ist es notwendig, auf dem Gebiet des Grundkaufes aktiv vorzugehen. Es sollen doch schließlich für alle Mitbürger Wohnungen zu tragbaren Mietzinsen errichtet werden. Es sei dem einzelnen auch nicht zumutbar, als Grundpreis für eine von einer Wohnungsgenossenschaft erbaute Wohnung bis zu 30.000 Schilling zahlen zu müssen.

Der Redner kommt sodann auf die Bezirksvertretungen zu sprechen. Er hält es für notwendig, daß in Zukunft über die Funktion und über die Zahl der Bezirksräte Überlegungen angestellt werden. Besonders in den Randbezirken wird es dem einzelnen Bezirksrat unmöglich, die ihm zugeteilten Aufgaben zu erfüllen, weil er von der Fülle buchstäblich erdrückt wird. Es wäre daher zu überlegen, die Zahl der Bezirksräte mit der Zahl der Bewohner des Bezirkes in Einklang zu bringen.

Abschließend stellt GR. Fürstenhofer fest, daß seine Fraktion den Ansätzen zustimmen werde.

In seinem Schlußwort kommt Stadtrat Sigmund zunächst auf die Wünsche hinsichtlich der Bezirksvertretungen zu sprechen und erklärt, daß er die Verwaltung nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen führen kann. Sollten Änderungen beschlossen werden, dann wird er dafür sorgen, daß der veränderten Lage auch in den Bezirksvertretungen Rechnung getragen wird.

Zu den Ausführungen des GR. Hausner über das Wahlsystem und die Mandatsverteilung erklärt der Stadtrat, daß alle vier Parteien die gleichen Voraussetzungen der Werbung und der Aufklärung und des Versuches, möglichst viele Wählerstimmen auf sich zu vereinigen, hatten. Wenn es einzelnen Parteien nicht gelungen ist, mehr Stimmen auf sich zu vereinigen, so scheint mir das kein Nachteil der Demokratie zu sein, sondern lediglich der Ausdruck dessen, wem am Wahltag der Wähler für die nächste Wahlperiode das Vertrauen gibt.

Wenn wir auch festgestellt haben, daß der Wiederaufbau aller Feuerwachen beendet ist, so heißt das nicht, daß auf diesem Gebiet keine weiteren Verbesserungen durchgeführt werden sollen. Wir meinen, daß die ganz kleinen Feuerwachen nicht mehr der heutigen Zeit entsprechen, weil sie nicht genügend verschiedene Ausrüstungsfahrzeuge haben. Wir beabsichtigen, im zehnten Bezirk eine größere Feuerwache zu errichten und dort die bisherigen Feuerwachen Rudolfshügel und Wiener Berg zusammenzuziehen.

In Erwiderung auf die Ausführungen über Verkehrsprobleme verweist der Redner auf die Schwierigkeiten, die einzelnen Interessen aufeinander abzustimmen. Er beabsichtigt daher, zunächst Besprechungen mit den Vertretern der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeiterkammer zu führen. Zuerst soll der Umfang und die Art des Problems genau erfaßt werden, dann wird das Notwendige veranlaßt werden.

Zum Kapitel Wahlen, das GR. Dr. Fiedler behandelt hat, meint der Referent, daß man diese Materie überlegen und besprechen sollte.

Die Pfuscherbekämpfung werden wir selbstverständlich durchführen.

Was den Wunsch nach einem Grundstück für das Mädchenrealgymnasium im 21. Bezirk betrifft, so ist es nach längerer

Verhandlung mit dem Stift Klostersneuburg gelungen, einen Verkauf durchzuführen. Die Entscheidung darüber, was nun dort hinkommt, liegt aber nicht mehr in meinem Ressort, betonte Stadtrat Sigmund. Er wisse aber, daß der Bau des Realgymnasiums dort beabsichtigt ist.

Er freue sich, daß die Arbeit der Feuerwehr anlässlich der Naturkatastrophe in den westlichen Gebieten Wiens Anerkennung gefunden hat.

Mit einer Erleichterung des Schienenparkverbotes wird man sich beschäftigen. Ebenso mit der Frage, ob eine Kurzparkzone im 7. Bezirk gemacht werden soll.

Dem Sprecher der Sozialisten dankte StR. Sigmund abschließend für seine Anregungen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 11. Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag des KLS wird einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien angenommen

Da Vizebürgermeister Slavik bereits in seinem Referat die entsprechenden Anträge über Bilanz und Bedeckung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 gestellt hat, bringt nun der Vorsitzende, GR. Helene Potetz die Anträge zur Abstimmung. Das Budget der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 wird mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Der Vorsitzende unterbricht hierauf um 18.07 Uhr die Sitzung des Wiener Gemeinderates. Morgen, Dienstag, den 22. Dezember, um 9 Uhr, wird die Sitzung mit den Beratungen über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für 1960 fortgesetzt werden. Ferner stehen einige Geschäftsstücke auf der Tagesordnung, über die der Gemeinderat morgen noch zu beschließen haben wird.

Rindermarkt vom 21. Dezember

=====

21. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 1 Ochse, 48 Kühe, Summe 49. Neuzufuhren Inland: 88 Ochsen, 129 Stiere, 518 Kühe, 96 Kalbinnen, Summe 831. Ungarn 5 Stiere, 45 Kühe, Summe 50. Polen 84 Stiere, Summe 84. Gesamtauftrieb: 89 Ochsen, 218 Stiere, 611 Kühe, 96 Kalbinnen, Summe 1.014. Unverkauft blieben: 1 Ochse, 7 Stiere, 3 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 16.

Preise: Ochsen 9.50 bis 12.- S, Extremware 12.30 bis 13.- S, Stiere 11.- bis 12.60 S, Extremware 12.70 bis 13.30 S, Kühe 7.10 bis 10.20 S, Extremware 10.40 bis 11.- S, Kalbinnen 8.60 bis 12.40 S, Extremware 12.50 bis 13.- S, Beinlvieh Kühe 6.50 bis 8.50 S, Ochsen und Kalbinnen 8.60 bis 10.- S.

Der Durchschnittspreis für Inlandrinder ermäßigte sich für Ochsen um 18 Groschen, für Stiere um 25 Groschen, für Kühe um 37 Groschen, für Kalbinnen um 6 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 10.89 S, Stiere 11.86 S, Kühe 8.78 S, Kalbinnen 11.47 S.

Ungarische Stiere notierten mit 11.50 bis 12.70 S, ungarische Kühe 8.- bis 11.- S, polnische Stiere 11.- bis 12.40 S.

- - -